

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,30 M. monatlich 1,10 M.
Einzelnummer 3 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 5 Pf.
Beilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat
Eingetragen in die Verzeichnisse
Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2,00 Mark für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat.
Sollabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 30. Dezember 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgezeigte Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereine
und Berufsvereinigungen 30 Pf.
Kleine Anzeigen, das fertige
Brot 20 Pf. (täglich 2 fertige
Brote), jedes weitere Wort 10 Pf.
Stellengeluche und Stellenanzeigen
das fertige Wort 10 Pf. jedes
weitere Wort 5 Pf.
Worte über 10 Buch-
staben zählen für zwei Worte.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

England vor Einführung der Dienstpflicht.

Die Dienstpflicht in England.

Nach den neuesten Meldungen aus England hat sich der Kabinettsrat am Dienstag zum Grundsatz der Dienstpflicht bekannt. Zwar entbehren die vorliegenden Depeschen in mancher Beziehung der Klarheit, aber soviel scheint festzustellen zu können, daß die Regierung nicht länger auf die festländische Rekrutierungsmethode verzichten zu können glaubt und daß sie dem Parlament innerhalb kurzer Frist einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen beabsichtigt.

Eine Entscheidung von gewaltiger Bedeutung! Ein Prinzip, an dem die große Mehrheit des britischen Volkes bis zum August 1914 mit zäher Hartnäckigkeit festgehalten hat, wird aufgegeben. Das Ringen, das englische Kriegsideologen als die epochenmachende Auseinandersetzung zwischen dem demokratischen Freiheitsgedanken und dem preußisch-deutschen Zwangs- und Unterdrückungssystem hingestellt haben, zeitigt einseitig den Erfolg, daß England dieses „Zwangssystem“ in einem der wichtigsten Punkte übernimmt. Der Militarismus, den es besiegen wollte, zwingt das Inselreich, selbst zum Militarismus seine Zuflucht zu nehmen. Der Staat, der sich am längsten dagegen gewehrt hat, auf militärischem Gebiete die Konsequenzen aus der kapitalistischen Entwicklung zu ziehen, ist im Begriff, mit den Mächten des europäischen Festlandes in Reich und Glied zu treten.

Was in die letzten Tage hinein war es recht zweifelhaft, ob das Kabinettsrat zu diesem Entschluß kommen würde, und besonders in liberalen Kreisen ging die Meinung dahin, daß die einander widerstrebenden Elemente innerhalb des Ministeriums sich auf ein Kompromiß einigen würden, durch die die Einführung der Dienstpflicht noch einmal hinausgeschoben würde. Aber die Befürworter der „Verpreuung“, die Northcliffe-Presse an der Spitze, arbeiteten fieberhaft, und sie hatten im Kabinettsrat energische Freunde und Vertrauensleute, unter denen Lloyd George, der Minister für Munition und Demagogie, der eifrigste war. Ihre Stellung wurde wesentlich gestärkt durch ein Versprechen, das zu Beginn der letzten in so großem Stil und mit so viel Lärm unternommenen Rekrutierungskampagne vom Premierminister abgegeben worden war. Sollten, so ungefahr hatte sich Asquith geäußert, nicht genug unverheiratete Männer dem Ruf des Königs Folge leisten, so werde er sich dem Zwang nicht länger widersetzen.

Nun sind die Ergebnisse des gewaltigen Werbungsunternehmens noch nicht öffentlich bekannt. Die Hoffnung, sie in der Sitzung des Unterhauses zu erfahren, in der man die Verstärkung des Heeres um eine Million beschloß, wurde enttäuscht; Lord Derby, der Leiter der Propaganda, versicherte um dieselbe Zeit in einer Versammlung zu Boston, ihm selbst ständen die genauen Zahlen nicht zur Verfügung. Aber es heißt, daß die Ziffer der Unverheirateten weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei und daß in den Listen eine verhältnismäßig viel größere Anzahl von Ehemännern stehe, die sich an die Zusicherung hielten, sie kämen erst nach den Junggefallen dran. Herr Asquith muß jetzt, wenn er nicht wortbrüchig werden will, sein Versprechen einlösen, und auch die hier und da versuchte Ausrede, das Kabinettsrat sei durch die Worte seines Leiters nicht gebunden, hat nichts daran ändern können, daß die Mehrheit der zweiundzwanzig oder dreiundzwanzig Kabinettsmitglieder den Augenblick für den Bruch mit dem Freiwilligkeitssystem für gekommen erachtet. Und diese Mehrheit ist allem Anschein nach recht groß, denn während man noch am Dienstagvormittag Grey, Balfour, Lord Crewe, McKenna, Harcourt, Henderson und andere als Gegner der alsbaldigen Einführung der Dienstpflicht nannte, wird in den letzten Meldungen die Opposition als sehr geringfügig bezeichnet, und die „Westminster Gazette“ stellt fest, daß es zu einer Spaltung in der Regierung nicht kommen werde.

Dasselbe liberale Organ sagt auch eine glatte Annahme der zu erwartenden Vorlage im Parlament voraus. Die sehr kleine Minderheit, von der man im Unterhaus Widerstand erwarten dürfte, werde bald zum Nachgeben gezwungen sein. In der Tat ist bei der Struktur des englischen Parlaments und bei der Abhängigkeit des größten Teils seiner Mitglieder von der Koalitionsregierung und den Parteimaschinen an der Gesetzgebung der Will nicht zu zweifeln; allein ganz so glatt, wie die „Westminster Gazette“ annimmt, wird die Sache am Ende doch nicht verlaufen. Die häufigen Debatten über das Problem haben bewiesen, daß eine numerisch zwar verhältnismäßig schwache, aber doch recht rührige und energische Minderheit vorhanden ist, die sich nicht verabsäumen wird, jetzt, wo die Frage aus dem Stadium akademischer Erörterungen herausgetreten ist, der Regierung alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Unter diesen Gegnern spielt die Arbeiterpartei die geringste Rolle;

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. Dezember 1915. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westende wurde wiederum durch einen feindlichen Monitor beschossen, diesmal ohne jede Wirkung.

Der gestern berichtete feindliche Vorstoß am Hirsfeld ist in brach bereits in unserem Feuer zusammen. Am Abend griffen die Franzosen zweimal die von uns zurückeroberten Stellungen auf dem Hartmannsweilerkopf an. Nach dem ersten Angriff wurde der Feind überall sofort wieder vertrieben, die Kämpfe um einzelne Grabenstücke nach dem zweiten Angriff sind noch im Gange. An Gefangenen büßten die Franzosen bisher 5 Offiziere und über 200 Mann ein.

Die Engländer verloren gestern zwei Flugzeuge, von denen das eine nordöstlich von Lens durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze zur Landung gezwungen, das andere, ein Großkampfflugzeug, nördlich von Ham im Luftkampf abgeschossen wurde. Am 27. Dezember verbrannte ein weiteres englisches Flugzeug westlich von Tulle.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Küste bei Raggajem (nordöstlich von Tulkum) scheiterte der Vorstoß einer stärkeren russischen Abteilung. Südlich von Pinsk wurde eine russische Feldwache überfallen und aufgehoben.

Balkanriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 29. Dezember. (B. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: 29. Dezember.

Russischer Kriegsschauplatz.

An der bessarabischen Grenze wiederholte der Feind gestern seine von starkem Artilleriefeuer eingeleiteten Angriffe in der Tages zuvor geübten Art. Seine Angriffskolonnen brachen überall - stellenweise knapp vor unseren Hindernissen - unter unserem Kleingewehr- und Geschützfeuer zusammen. Die russischen Verluste sind groß. Deftlich wurden nunmehr einige Sicherungsabteilungen vor stärkeren russischen Kräften näher gegen unsere Hauptstellung zurück. In Boshynien stellenweise Geschützkampf.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auch gestern hielt die lebhafteste Tätigkeit der Italiener an der Süd- und Südsüdfront Tirols an. Im Sugano-Abchnitt wurde ein feindlicher Angriff auf den Monte Carbonile (südöstlich Barco) abgewiesen. Ebenso schritten nachts feindliche Unternehmungen des Gegners im Col di Lana-Gebiete.

An der lästianischen Front fanden an mehreren Stellen Geschütz-, Handgranaten- und Minenwerferkämpfe statt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert. Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Paeser, Feldmarschalleutnant.

denn es sind eigentlich nur die auf dem Boden der Unabhängigen Arbeiterpartei stehenden Abgeordneten, die den Mut zum Widerstand besitzen. Aber da sind eine Anzahl sehr eifriger und sehr gewandter Radikal-Liberalen, und da sind vor allem die Iren, deren Opposition nur in dem Falle abzuschwächen wäre, wenn die Regierung, was man noch nicht weiß, Irland von den Segnungen der Wehrpflicht ausschließen wollte.

Weit größere Hindernisse als im Parlament werden dem neuen System unter allen Umständen im Lande erwachsen, denn dort wurzelt die Abneigung gegen die Zwangsrekrutierung noch immer sehr tief. Wir erinnern uns des einstimmigen Beschlusses des Bristol-Gewerkschaftskongresses vom September und wir sehen, wie in der letzten Zeit zahlreiche Versammlungen, die hauptsächlich von Arbeitern besucht waren, scharf gegen die Pläne der Dienstpflichtanhänger Front machen. Die bekannten Gründe werden da immer wieder ins Treffen geführt: die Wehrpflicht bedeute den Bruch mit der Demokratie, sie sei eine Waffe in den Händen der Gegner der Arbeiterbewegung, sie unterminiere die bürgerliche Freiheit. Außerdem sei es nicht wahr, daß das Freiwilligkeitssystem bankrott gemacht habe. Die Regierung solle nur die Familien der Soldaten, die Hinterbliebenen und die

Invaliden besser unterstützen, sie solle den Anzuzwerbenden die Sicherheit geben, daß sie nach dem Kriege unter den von den Gewerkschaften aufgestellten Bedingungen wieder Beschäftigung fänden, und sie solle vor allem einmal das Kapital „konfiszieren“, d. h. die vom Kriege profitierenden Unternehmungen durch Verstaatlichung ebenso in den Dienst des Vaterlandes stellen, wie die Arbeiter, die man entweder unter das Joch des Munitionsgewerks beuge oder in die Schützengräben schiebe. Dazu kommt dann der Widerspruch aus dem Lager der Wirtschaftspolitiker, die von der weiteren Verstärkung des Heeres eine Schwächung der im Interesse der englischen Weltstellung notwendigen Exportindustrie befürchten, und endlich jener nicht ganz gering anzuschlagende Widerstand der Quäker und anderer Elemente, die sich aus religiösen und Gewissensbedenken die Freiheit des Entschlusses zum Eintritt ins Heer nicht rauben lassen wollen.

Es wird harte Kämpfe kosten, indessen schließlich wird auch im Lande die Regierung die Hindernisse überwinden, denn der Hinweis auf die militärischen Mißerfolge ist ein starkes Argument, und die Dinge haben sich so zugespitzt, daß nur die Alternative übrigzubleiben scheint: Dienstpflicht oder baldiger Friede. Solange für den Frieden die internationalen diplomatischen Voraussetzungen fehlen und die Mächte nicht einsichtig und stark genug sind, die Regierenden zur Schaffung und Anerkennung dieser Voraussetzungen zu nötigen, wird einstweilen der Militarismus von Triumph zu Triumph schreiten.

London, 29. Dezember. (B. Z. B.) Reuter meldet: Der gestrige Kabinettsrat wird sich wahrscheinlich als einer der wichtigsten in der britischen Geschichte herausstellen. Es wurde bei dieser Beratung tatsächlich den großen Meinungsverschiedenheiten über den Militärdienst ein Ende gemacht. Die Erklärung Asquiths, daß Dienstpflicht notwendig ist, kam nicht unerwartet und wurde im allgemeinen gut aufgenommen. Die Opposition gegen die Dienstpflicht im Kabinettsrat ist sehr klein und im Gegensatz zu den übertriebenen Gerüchten glaubt man, daß die Minister, welche ursprünglich dagegen waren, jetzt im Amt bleiben werden.

Die „Times“ schreibt, daß das Kabinettsrat gestern tatsächlich zu dem Entschlusse gelangte, in Kürze eine Dienstpflicht dem Unterhause vorzulegen. Das Blatt glaubt, daß die rasche Entschliebung dem kräftigen Auftreten Lloyd Georges zu verdanken sei, der durch einige Unionisten unterstützt wurde. Aus verschiedenen Gründen werden im Kabinettsrat vielleicht einige Veränderungen vorgenommen werden, aber Tatsache ist, daß der Vorschlag, die Dienstpflicht einzuführen, auf außerordentlich wenig Widerstand gestoßen ist.

Verfenkung eines montenegrinischen Segelschiffes.

Cetinje, 28. Dezember. (B. Z. B.) Meldung der Agence Sabas. Ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot hat am 23. Dezember bei San Giovanni bei Medua ein montenegrinisches, mit Lebensmitteln beladenes Segelschiff verfenkt, welches mit einer kleinen Kanone den Kampf aufgenommen hatte; sein Geschütz wurde aber bald gebrauchsunfähig gemacht.

Die Russen in Persien.

Teheran, 28. Dezember. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Russen haben Kaschan besetzt und marschieren gegen Tiflis an.

Aus der rumänischen Kammer.

Bukarest, 28. Dezember. (B. Z. B.) Kammer. In der Fortsetzung der Adreßdebatte ergriff der ehemalige Minister Peter Carp das Wort und sagte: Wir müssen uns Rechenschaft darüber geben, inwiefern die kriegführenden Staaten die Erreichung des rumänischen nationalen Ideals beeinflussen. Zu diesem Zweck müssen wir die Luft von einer Reihe von Legenden reinigen, die den Blick unsicher machen. England hat als Kriegsgrund die Verteidigung der kleinen Staaten angegeben. Wir haben gesehen, wie England sie verteidigt. Die Wahrheit ist, daß es die Verteidigung jener Staaten nur übernommen hat, um sich ihrer zu bedienen. England behauptet, daß es sein Schwert gegen den deutschen Imperialismus gezogen habe; Frankreich stellt sich als Verteidiger der Zivilisation hin. Der geführte Kampf ist in Wirklichkeit eine Zerstörung der gemeinsamen Zivilisation. Rußland schlägt sich im Namen der Orthodoxie und des Pan-Slawismus. Der wahre Grund für den Krieg liegt bei Frankreich die Wiedererwerb der verlorenen Provinzen; bei England liegt der Grund darin, daß es eine deutsche Nachteiligung ge-

sehen hat, die sich in dem Worte des deutschen Kaisers ausdrückt, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liegt. Rußland aber will Konstantinopel, die Dardanellen, das Schwarze Meer und die Donaumündungen. Welches hiervon sind Absichten, die gegen uns gerichtet sind? Glauben Sie, daß wir das Ideal, von dem Moldobeanu gesprochen hat, verwirklichen können? Ich glaube nicht. Siebenbürgen können wir nur durch Zerstückelung der österreichisch-ungarischen Monarchie erwerben. Die Rumania würde Rußland selbst behalten, den Banat würde es den Serben geben. Es würde ferner die Bedingung erfüllen, die es für den Frieden einmal beizubringen hat, nämlich sich Galaz nehmen. (Unruhe.) Für Rußland kann es natürlich nur ein russisches Ideal geben. Ein Teil der Moldau und die verlorene Bukowina russisch, das Eisenerz in serbischen Händen, also auch russisch. Bedeutet dies für Sie die Verwirklichung Ihres nationalen Ideals? Dies ist also die Lage. Jeder Staat hat zwei Probleme: erstens das Problem seines Bestandes, zweitens das seiner Ausdehnung. Von Deutschland können wir natürlich auch nichts anderes erwarten. Die Wirkung der deutschen Macht haben wir immer gefürchtet und stets in einer uns wohlwollenden Weise. Die genaue Einschätzung der Weltlage führt uns zu dem Schluß, daß Rumänien den Begehrnissen folgen muß, der es zuvor bewahrt, Rußlands Basill zu werden.

Cuzo (Nationaldemokrat) ruft: Also dann sollen wir Kasallen Ungarns werden?

Carp antwortet: Wir sind bisher nie Kasallen Ungarns gewesen und werden es niemals sein. Der Redner fährt fort: Es hat sich bei uns eine besondere Atmosphäre politischer Erregung und Unaufrichtigkeit gebildet. Die Feindung Moldobeanus, daß die siebenbürgischen Rumänen nur getrieben in den Kampf gehen, ist sehr bedauerlich. Diese Worte waren eine Beschimpfung der Helden, die den Tod gefunden haben. Wenn die Agitatoren öffentliche Versammlungen halten, sollen sie sagen: wir gehen mit Rußland und wir werden Siebenbürgen bekommen; aber ein Stück der Moldau werden wir verlieren, die Meerengen werden geschlossen werden und man wird uns die Donaumündungen nehmen.

Delavrancea ruft: Woher wissen Sie, daß Rußland das alles will?

Carp erwidert: Die Sache ist bekannt, wenn es auch nicht gesagt wird. Unter diesen Bedingungen sagt der Redner, wird das rumänische Volk nicht mit Rußland gehen. Ein solches Bündnis würde zur Folge haben, daß man sich unserer Armeen und unseres Volkes bedienen würde, daß aber weder und, noch den übrigen Rumänen genügt würde. Was sich heute bei uns abspielt, ist schon dagewesen. Es hat schon Zeiten gegeben, wo Kaitoren, die vorgaben, den Interessen der Nation zu dienen, in Wirklichkeit das Gegenteil taten.

Carp schließt, indem er sich an den Ministerpräsidenten wendet: Sie leiden an Unentschlossenheit; lassen Sie einen Entschluß und Sie werden nicht mehr leiden!

Eine Stimme ruft: Belagerungszustand!

Carp antwortet: Wer der lärmenden Menge nicht widerstehen kann, ist kein Staatsmann. Ich wünsche Ihnen, Herr Bratianu, daß die Ereignisse Sie nicht hinter sich herziehen mögen, sondern daß Sie in Uebereinstimmung mit Ihnen gehen.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 28. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. In den Vogesen lebhaftere Artillerietätigkeit auf der ganzen Front des Hartmannsweilerkopfes. Auf den östlichen Hängen in Richtung Reffelstein brachten wir durch Sperrefeuer einen Verlust des Feindes, aus seinen Gräben vorzukommen, zum Stehen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Paris, 29. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. In Belgien sprengte unsere Artillerie ein feindliches Munitionslager vor Steenstraete. Im Artois haben wir den Bahnhof von Lens und den Abschnitt von Angres wirksam beschossen. In der Gegend von Reims rief das Feuer unserer Batterien auf die feindlichen Werke im Gehölz westlich von Brunay einen neuen Brand hervor. In Lothringen hat unsere Artillerie die deutschen Werke in der Umgegend von Domevre und Bremenil erfolgreich beschossen. In den Vogesen heftiger Geschützkampf zwischen La Plaine und Bonhomme. Am Hartmannsweilerkopf haben wir uns einiger Geschützgräben zwischen den Spigen Reffelstein und Hirtstein, welche der Feind noch besetzt hielt, bemächtigt. Etwa hundert Gefangene, darunter ein Offizier, blieben in unseren Händen.

Belgischer Bericht. Der übliche Geschützkampf war vor dem Zentrum unserer Front ziemlich heftig. Unsere Batterien zerstörten nahe bei Dignuiden Unterstände und Blockhäuser des Feindes.

## Die englische Meldung.

London, 28. Dezember. (W. L. V.) Communiqué von der britischen Front in Frankreich: Gestern abend liehen wir bei Prioux eine Mine springen, wodurch auf deutscher Seite großer Schaden angerichtet wurde. Heute war die deutsche Kanonade viel härter als gewöhnlich, besonders südlich des La Vassée-Kanals, bei Annentieres und Hyaen. Unsere Artillerie beantwortete das Feuer kräftig, und man konnte wahrnehmen, daß gute Resultate erzielt wurden.

## Der Abtransport der Inder.

London, 29. Dezember. (T. U.) In einem längeren Artikel des „Daily Telegraph“ wird bemerkt, daß die Verlegung der indischen Truppen in erster Linie deshalb nötig war, weil die Inder das Klima in Westeuropa nicht vertragen konnten. Aus dem weiteren Darlegungen des Blattes über den Feldzug in Mesopotamien, wo neue Verstärkungen eingetroffen sind und noch weitere folgen werden, geht hervor, daß der „Daily Telegraph“ erwartet, ein Teil der britisch-indischen Truppen würde dorthin geschickt werden.

## Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 29. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher russischer Bericht vom 28. Dezember 1915: Westfront. In der Gegend von Riga versuchten die Deutschen südlich des Vabitz-Sees sich unseren Gräben zu nähern, wurden aber durch unser Feuer zurückgewiesen; inzwischen hatten sich deutsche Teile bei Dedungen an den Drahtzweigen versetzt, diese wurden von unseren gegen sie gefandten Abteilungen verjagt. — Auf der übrigen Front bis zum Prypoc gewöhnliches Gewehr- und Artilleriefeuer. Südlich des Prypoc und in Galizien dauern die Kämpfe überall fort und nehmen stellenweise einen sehr heftigen Charakter an. — Kaukasusfront: Keine Veränderung.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 28. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht. Die Tätigkeit unserer Abteilungen verläuft dadurch, daß sie den Feind zwang, seine eigenen Stellungen zu verraten, unserer Artillerie günstige Ziele. Die feindliche Artillerie gab wieder einige Schüsse gegen Wohnhäuser, besonders am unteren Isonzo. Entlang der ganzen Front wurden die Befestigungsarbeiten fortgesetzt, die der Feind mehrere Male durch sein Feuer und noch mehr durch das Schleudern großer Bomben mit erstickenden Gasen zu führen versuchte. General Cadorna.

## Vom U-Bootskrieg.

Nasta, 28. Dezember. (W. L. V.) Wie Reuter meldet, befanden sich an Bord des Dampfers „Ville de la Citat“ 615 Personen, darunter drei Engländer. Die Geretteten erzählten, daß das Schiff sich auf der Reise nach Marseille befand. Es fand eine heftige Explosion statt. In demselben Augenblick erschien ein einziger Jards Abstand ein U-Boot, welches die österreichisch-ungarische Blagge führte, an der Oberfläche. In das Hinterteil war ein ungewöhnlich großes Loch geschlagen, aber es entstand keine Panik. Fünf Boote und zwei Fische wurden niedergelassen. Zuletzt sank das Schiff mit den Leuten, die sich an Bord befanden. Das U-Boot blieb in der Nähe, bis der Dampfer gesunken war. Später kam der britische Dampfer „Peros“ und widmete sich 80 Minuten lang dem Rettungswerke, obwohl das U-Boot noch in Sicht war. Die Überlebenden erklärten noch, daß die Besatzung des U-Bootes zwei Menschen, die mit den Werten rangen, aufnahm und nach einem Floß brachte.

London, 29. Dezember. (W. L. V.) Loyds meldet: Der britische Dampfer „Morning“ (444 Tonnen) wurde versenkt. Der Kapitän und der zweite Steuermann wurden gerettet.

Berlin, 29. Dezember. (W. L. V.) Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, beruht die Mitteilung der englischen Telegraphenagentur in Bukarest über den Verlust eines deutschen U-Bootes in der Ostsee auf freier Erfindung.

## Kriegsverluste der norwegischen Handelsmarine.

Kopenhagen, 29. Dezember. (W. L. V.) „Nationaltidende“ meldet aus Kristiana: Eine Aufstellung der Kriegsverluste der norwegischen Handelsmarine bis zum 27. Dezember ergibt 50 Dampfer verloren und 4 für gute Preisen erklärt. Diese 54 Dampfer mit zusammen 94 400 Tonnen ergibt nach Abzug von 4 Freidampfern, die den Besatzern vergütet werden, einen Nettoverlust von 87 000 Tonnen und einen Nettoverlust von Segelschiffen von 21 600 Tonnen, sodaß der Gesamtverlust sich auf 108 600 Tonnen im Werte von 47 Millionen Kronen beläuft.

## Das Expeditionskorps der Entente gegen Kamerun.

London, 27. Dezember. (W. L. V.) Ein Korrespondent der „Morning Post“ berichtet über das Expeditionskorps nach Kamerun, daß es aus britischen, französischen und belgischen Eingeborenentruppen zusammengesetzt sei, die von weißen Offizieren und Unteroffizieren angeführt werden und besetzt würden. Das Korps zähle ungefähr achttausend Mann und werde von dem britischen Generalmajor Dobell kommandiert. Das Hauptquartier befinde sich in Duala. Den Befehl über das britische Kontingent habe Oberst Gorges.

## Eine Renommierrede Gallienis.

Paris, 28. Dezember. (W. L. V.) Senat. Der Senat erörterte den Gesetzentwurf über die Einkerzung des Jahrganges 1917, welchen die Kammer bereits angenommen hatte. Verbalis, Berichterstatter des Heeresausschusses, erklärte, der Ausschuss habe die Frage der Truppenstärke geprüft und sei nicht beunruhigt, denn man habe genug Männer, um bis zum Ende durchzuhalten. Kriegsminister Gallieni griff in die Verhandlung ein und erklärte: Die Einstellung des Jahrganges 1917 ist nur eine Vorsichtsmaßregel; dieser Jahrgang stellt nur einen Teil der Hilfsmittel dar, die uns zur Verfügung stehen. Wir wollen sie alle nutzbar machen, zu diesem Zwecke mit Krümern der Verantwortlichkeiten fürchten. Nach Ausführungen über die Vorkehrungen für die Einstellung des Jahrganges 1917 schloß Gallieni mit den Worten: Frankreich, welches vor achtzehn Monaten den Frieden wollte, will heute den Krieg mit aller Willenstraft und wendet alle seine Hilfsmittel daran. Wer das Wort „Frieden“ ausspricht, wird als ein schlechter Bürger betrachtet. Der Jahrgang 1917 wird hinausziehen, und das Volk begleitet mit seinen Wünschen die jungen Leute, welche wir zu dem großen Kampfe vorbereiten werden, der erst enden wird, wenn Frankreich in Uebereinstimmung mit seinen Alliierten sagen kann: „Ich mache halt; ich habe erreicht, was ich wollte und nehme meine Friedensarbeit wieder auf.“ (Allgemeiner Beifall.) Der einzige Artikel des Gesetzentwurfs wurde einstimmig angenommen, ebenso wurde beschlossen, die Rede des Ministers öffentlich anzufügen.

## Die Bilanz des Jahres.

Die Lage sei nach einem Krieg von 17 Monaten höchst sonderbar, schreibt die „Bataille“ vom 20. Dezember. Auf der einen Seite eine Mächtigkeitsgruppe, die sich als Sieger aufspiele, aber den Frieden nicht erzwingen könne, auf der anderen der Verband, der nur nach einem Sieg die Waffen niederlegen wolle. Das Jahr 1915 habe diesen Sieg freilich nicht gebracht, ja er scheine nicht einmal in erreichbarer Nähe zu sein. Die Bilanz stelle sich, wenigstens dem Augenschein nach, nicht zugunsten des Verbandes und die Feinde könnten Erfolge verzeichnen. Das vergangene Jahr habe die Ueberlegenheit der Angreifer nicht über den Haufen geworfen, das Verhältnis der Kräfte verschiebe sich zwar zugunsten des Verbandes, aber viel langsamer, als man berechnet habe. Jetzt sei die Zeit der Wünsche; man müsse nur wünschen, daß in Zukunft dem Lande alle trügerischen Hoffnungen auf eine Erschöpfung Deutschlands erspart würden, die zu einer bitteren Enttäuschung führten. (R. d. A.)

## Der französische Parteitag.

Die Leitung des Parteitages der französischen Sozialisten hat nur ganz knappe Berichte über die Verhandlungen an die Öffentlichkeit gelangen lassen. Außerdem scheint die Zensur sehr sorgfältig darüber zu wachen, daß nichts bekannt wird, was den Vorkriegsleben tören und den Eindruck der absoluten Einmütigkeit in die Bereitschaft zum Durchhalten abschwächen könnte, und so sind wir denn jetzt nach Beendigung der Tagung noch ohne nähere Nachricht über die Debatten und die Beschlüsse. Wir müssen uns einswellen darauf beschränken, wiederzugeben, was einigen bürgerlichen Zeitungen auf Grund des sicher nicht einwandfreien Materials, das die Pariser bürgerliche Presse bringt, telegraphiert worden ist.

Dennach wurde am Sonnabendnachmittag der Jahresbericht über das Parteiorgan verlesen, der mit dem Antrage schloß, der Parteitag möge selbst einen Parteigenossen bestimmen, dem die Direktion der „Humanité“, die seit dem Tode des Abgeordneten Jaurès von mehreren Genossen besetzt wird, allein anvertraut werden solle.

Sodann begann die Generaldebatte über die Haltung der Partei während des Krieges. Sie verlief, wie die „Frankf. Ztg.“ erzählt, sehr lebhaft. Als erster Redner führte

der Abgeordnete Compère-Morel aus, es gebe in der Partei zwei Strömungen, die eine sei für ein Aushalten auf dem jetzigen Wege, bis der Friede durch den Sieg Frankreichs und seiner Verbündeten gesichert sei; die andere Strömung glaube nicht mehr an die Möglichkeit des Sieges. Der Redner selbst ist überzeugt, daß Deutschland unterliegen werde, wenn seine Besieger einig bleiben, und er bewußt deshalb die Partei, wie bisher an der nationalen Verteidigung mitzuarbeiten, denn die Uneinigkeit unter den republikanischen Parteien würde die Reaktion zur Herrschaft führen und die Republik in ihrer Existenz gefährden. Der Abgeordnete Joberi verlangte sodann, daß die Sozialisten im Parlament eine schärfere Kontrolle ausüben über die Regierung; wenn eine bessere Organisation der Landesverteidigung als bisher nicht erreicht werden könne, so müsse die sozialistische Partei auf die Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses hinarbeiten. Der Pariser Gewerkschaftler Bourderon, der bekanntlich an der Konferenz von Zimmerwald teilgenommen hat, beanspruchte das Recht, sich mit allen Parteigenossen, auch den deutschen, zu besprechen und zu beraten. Die sozialistische Kammerfraktion habe selbst noch am 1. August 1914 den Reichstagsabgeordneten Müller empfangen und die Abgeordneten Renaudel und Longuet hätten in der Schweiz mit Bernstein und Kautsky verhandelt. Das sei offenbar mit Ermächtigung der Fraktion oder des Verwaltungskomitees geschehen. Bourderon erklärte, daß er und seine Freunde sich in jedem Falle nicht abhalten lassen werden, ihre Tätigkeit für die Herbeiführung des Friedens fortzusetzen.

Die Verhandlung wurde nach dieser Rede vertagt und Sonntag morgen wieder aufgenommen. Der Abg. Renaudel teilte als Vorsitzender mit, daß noch mehr als vierzig Redner für die Diskussion über die Stellung der Partei zum Kriege eingeschrieben seien. Die Versammlung beschloß, nur noch achtzehn Rednern das Wort zu erteilen, wovon acht für die Tagesordnung Renaudel, sieben für die Tagesordnung Longuet und drei für die Tagesordnung Bourderon sprechen sollen. Während der Aussprache über diese Einschränkung der Debatte kam es zu einer hitzigen Szene. Ein Delegierter beschwerte sich darüber, daß zu den Tribünen Leute zugelassen worden seien, die trotz dem vom Parteitag gefassten Beschluß in den Zeitungen über die Verhandlungen des Parteitages berichteten. Aus dem Zuschauerraum wurde heftig protestiert, weshalb der Vorsitzende die Klärung der Tribünen anordnete. Aber die Genossen auf den Tribünen weigerten sich entschieden, den Platz gutwillig zu verlassen und der Vorsitzende mußte nachgeben. Schließlich erhielt der Professor Edgar Willhaud von der Genfer Universität, ein geborener Franzose, als Delegierter des Verbandes von Hoch-Sabonien das Wort. Er trat für einen europäischen Staatenbund ein, der jedoch nach seiner Meinung nur aus einem Siege der Entente hervorgehen könne.

Wie gesagt, wir geben das alles unter Vorbehalt und wir halten selbstverständlich mit jeder Kritik jurid, bis einwandfreie Berichte vorliegen.

## Moralische Verantwortlichkeit.

Ein angeblich gut unterrichteter Mitarbeiter der „Frankf. Ztg.“ in der Schweiz bringt die neue Vertagung des Prozesses gegen den Mörder von Jaurès in Zusammenhang mit dem am 16. Dezember in der „Humanité“ erschienenen Bericht über die Tätigkeit der französischen Sozialisten beim Kriegsausbruch.

Dieser Bericht erzählt, wie die Mitglieder der parlamentarischen Sozialistengruppe während der letzten Julitage 1914 mit den Ministern Viviani, Martin und Malby in engerer Fühlung gestanden haben. Die Gruppe verlangte von der Regierung: 1. keine Maßregeln zu ergreifen, die herausfordernd wirken könnten, 2. sich nicht von England zu trennen, 3. von Rußland zu verlangen, daß es keine Unvorsichtigkeit begehe, die die friedliche Lösung des Zwistes beeinträchtigen könnte. Am 30. und 31. Juli greift Jaurès, von Brüssel nach Paris kommend, ein. Jaurès, heißt es in dem Bericht, versuchte nunmehr (am 31. Juli) seine letzte größte Anstrengung beim Ministerpräsidenten Viviani, tief bewegt die Regierung ansprechend, in engem Verein mit England zu handeln und darüber zu wachen, daß Rußland keine Unvorsichtigkeit begehe. Zwei Stunden später war Jaurès tot. Der Mitarbeiter der „Frankf. Ztg.“ glaubt nun, die französische Regierung beforge, daß der Prozeß weiteren Kreisen Kenntnis über die von dem amtlichen Frankreich in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch verfolgten Politik bringen könne, und er spielt besonders auf ein Wort an, das der damalige Minister des Auswärtigen, Viviani, in den kritischen Stunden gegenüber Jaurès ausgesprochen habe: „Ich habe getan, was ich konnte, was Poincaré getan hat, weiß ich nicht.“

Daß wirklich der Bericht der sozialistischen Parteileitung, der nichts enthielt, was nicht schon zuvor bekannt gewesen wäre, die Regierung zu einer weiteren Vertagung des Prozesses bestimmt hat, wird sich schwer beweisen lassen; fest steht aber unter allen Umständen, daß man von der Gerichtsverhandlung Enthüllungen fürchtet, die im gegenwärtigen Augenblick doppelt unannehmbar wären. Nicht nur weil sie gewisse politische Vorgänge am Vorabend des Krieges ans Licht zögen, sondern auch weil sie über die Motive und die Instifter des Mörders Villain Klarheit verbreiten könnten. Nach welcher Richtung — das spricht die sozialistische „Bataille“ recht unumwunden aus. Sie erinnert daran, wie Jaurès während der Kammerdebatten über die dreijährige Dienstzeit, am 4. Juli 1913, der Rechten vorgehalten habe, daß sie geradezu zum Mord an den Gegnern der Heeresreform auffordere — einer ihrer Parteigänger hatte kurz zuvor gedroht, daß „alle diese Leute“ am Tage der Kriegserklärung dem gerechten Jorn der Patrioten zum Opfer fallen würden — und fährt dann fort, daß, wenn auch von Worten zu Taten noch ein weiter Schritt sei, die moralische Verantwortung für das Attentat doch auf den Schultern der Nationalisten ruhe: „Wer will leugnen, daß solche Phrasen, die irgendeinem exaltierten Menschen unter die Augen kommen, ihn zu einem Verbrechen, zu einem Mordanschlag bestimmen können? Es gehört so wenig dazu, um einen Leidenschaftlichen zu einer Tat zu veranlassen, durch die er sich den Ruf eines Helden zu erwerben glaubt.“

Möglicherweise könnte der Prozeß noch mehr aufdecken als nur moralische Verantwortlichkeit, aber trotzdem, oder eben deswegen wäre es in erster Linie Pflicht der französischen Sozialisten, die fortwährenden Vertagungen, die schließlich nur der Verdunkelung der Zusammenhänge dienen, nicht stillschweigend hinzunehmen.

## Zur Beschlagnahme der schwedischen Paketpost durch England.

Kopenhagen, 29. Dezember. (W. L. V.) „Politiken“ meldet aus Malmö: Die von den Engländern zurückgehaltene amerikanische Paketpost des Dampfers „Sella Golv“, die für Schweden bestimmt war, ist gestern in Malmö eingetroffen. Sämtliche Poststücke wurden von den Engländern geöffnet und von neuem geschlossen und mit englischem Siegel versehen. In dem Verzeichnis des amerikanischen Postamts über die Pakete sind die beschlagnahmten Gummipakete ausgedrückt. Die mit den Dampfern „Osar II.“ und „Frederik VII.“ von Amerika nach Schweden abgegangene Paketpost ist von England noch nicht eingetroffen.

## Die Deckung der russischen Kriegskosten.

Petersburg, 28. Dezember. (W. Z. V.) Die „Nietich“ meldet, sind in der Budgetkommission der Reichsduma die künftigen Ausgaben für Unterhaltung der Kriegseinheiten und Kriegswunden und zur Verzinsung der Kriegsanleihen auf jährlich anderthalb Milliarden Rubel veranschlagt worden, von anderer Seite wurde jedoch diese Schätzung für viel zu niedrig erklärt. Die Regierung beabsichtigt die Einführung von Staatsmonopolen auf Zucker, Tabak, Petroleum und Versicherungsunternehmungen, um jene Ausgaben zu decken.

## Noch eine amerikanische Friedensmission?

New York, 28. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Präsident Wilsons Abgesandter, Oberst House, der amerikanische Gesandte in Belgien, Brand Whitlock, und der Marineattaché Woy-Ed sind heute mit dem Dampfer „Rotterdam“ abgereist.

## Anlage wegen Inszenierung von Streiks in amerikanischen Munitionsfabriken.

New York, 28. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Kongressmitglied Frank Buchanan, das frühere Kongressmitglied Robert Fowler, der frühere Generalanwalt von Ohio Francis Monnet, David Lamar, der Vorsitzende des Nationalen Arbeiterfriedensrates Jakob Taylor sowie Martin und Hermann Schulz wurden heute vor der Anklagejury des Bundesgerichts beschuldigt, sich verschworen zu haben, um Ausfälle in den amerikanischen Munitionsfabriken herbeizuführen.

## Deutschland erkennt die Regierung Carranzas an.

Die deutsche Regierung hat die Regierung Carranzas in Mexiko anerkannt. Hierzu waren in erster Linie wirtschaftliche Gründe maßgebend, denn die Regierung muß zur Vertretung der deutschen Interessen in der Lage sein, mit einer Regierung zu verhandeln. Es kommt hinzu, daß Carranza gegenwärtig die Macht tatsächlich in Händen hält, daß sich seine Macht auch stetig vergrößert, da der Einfluß seiner Gegner tatsächlich zurückgeht. Die Anerkennung ist natürlich nicht als dauernd zu betrachten. Mit der getroffenen Abmachung sind sowohl die Deutschen in Mexiko als auch die Mexikaner selbst sehr zufrieden.

## Der indische Nationalkongress fordert das Staatsbürgerrecht.

London, 28. Dezember. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. In einer Rede, die er im indischen Nationalkongress hielt, gab Präsident Sir Satyendra Sinha der Loyalität des Kongresses gegenüber dem König Georg Ausdruck. Er erklärte, aus der Loyalität, welche die indischen Truppen in diesem Kriege an den Tag gelegt hätten, gehe hervor, daß die Indier auch wert seien, die Verantwortungen der Staatsbürgerschaft auf sich zu nehmen. Nach seiner Meinung seien die Vorkämpfer, ob es tunlich sei, den Kongress während des Krieges einzuberufen, ungerichtlich. England würde am besten dadurch, daß es Indien eine Selbstregierung gebe, beweisen, daß es die Dienste, die Opfer und die Treue der Indier würdige.

## Politische Uebersicht.

### Die neuen Steuervorlagen.

welche dem Reichstage mit dem Reichshaushaltsplan für 1916 unterbreitet werden sollen, bezwecken, wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ melden, nicht die definitive Neuordnung des Reichshaushaltes nach Friedensschluß; sie sind bestimmt, die Mittel zur Deckung der ordentlichen Ausgaben des Reiches in der Kriegszeit zu beschaffen. Es werde sich demnach in der Hauptsache darum handeln, vorhandene Einnahmequellen des Reiches zu reicherer Entfaltung zu bringen. Dagegen werde die Erschließung neuer reichlich fließender Einnahmequellen der Zeit vorzubehalten sein, wo es sich darum handelt, das dauernde Gleichgewicht im Reichshaushalt zu sichern. Desgleichen seien die in Preußen zu erwartenden Maßnahmen auf steuerlichem Gebiete dazu bestimmt, für die Einnahmeausfälle und Ausgabevermehrungen im nächsten Staatshaushaltsplan Deckung zu beschaffen.

### Die Auferstehung des schwarz-blauen Blocks.

Es ist fast postfaktisch anzusehen, wie sich die Parteien, die feinerzeit den schwarz-blauen Block gebildet haben, wiederfinden, sobald eine neue Finanzreform am Horizont aufgetaucht ist. Nachdem die freikonservative „Post“ der Anregung des führenden Zentrumsorgans zu einem Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien zugestimmt hat, heißt jetzt die „Kreuzzeitung“ den Gedanken ebenfalls gut. Sie tadelt die ablehnende Haltung des „Berliner Tageblattes“, die allerdings bei der bekannten Haltung des Blattes in allen die Sozialdemokratie betreffenden Fragen nicht weiter verwunderlich sei, und sie notiert mit schmerzlichem Bedauern die Auslassungen der „Magdeburger Zeitung“, die den Schluß erlaubten, daß man sich bei den Nationalliberalen bis zum letzten Augenblick freie Hand bewahren möchte, um unter Umständen die neue Finanzreform auch mit der Sozialdemokratie zu machen. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

„Als eine Art Begründung wird angeführt, daß der „Vorwärts“ nur gefordert habe, die neuen Lasten in erster Linie von den Besitzenden tragen zu lassen. Uns scheint, daß das angesichts der Sachlage im Reiche genügt. Im übrigen wird sich die Stellungnahme der Sozialdemokratie früh genug klären, um kein Hindernis für die allerdings höchst erwünschte Einigung der bürgerlichen Parteien zu sein. Worauf es ankommt, ist, daß die neue Steuerreform der Parteilichkeit entbehrt und nicht unter dem Gesichtspunkt späterer Wahlgewinne behandelt wird. Nur dann kann es gelingen, etwas verhältnismäßig Befriedigendes zu schaffen und die Einigkeit der bürgerlichen Parteien zu bewahren.“

Also bereits die Forderung, daß die neuen Lasten in erster Linie von den Besitzenden getragen werden sollen, „genügt“. Damit wird in sehr dankenswerter Weise die Basis klargestellt, auf der die Blockgenossen von 1909 die bürgerlichen Parteien einigen will. Wir wünschen viel Glück zu dem Unternehmen.

Zum Wiederzusammentritt des preussischen Landtages wird der „Parteilosen politischen Korrespondenz“ geschrieben: Der Landtag wird sich recht bald mit den neuen Zuschlägen zur Einkommensteuer zu beschäftigen haben, da sie schon vom 1. April 1916 ab erhoben werden sollen, selbstverständlich unter Freilassung der unteren Steuerklassen. Auf diese Weise sollen 100 Millionen Mark

gewonnen werden. Um die Härten des alten Zuschlagssystems zu beseitigen, wird voraussichtlich ein neues eingeführt werden, zumal es im Plane der Regierung liegt, die Erhebung der neuen Zuschläge noch auf ein weiteres Rechnungsjahr auszudehnen. Dem Landtag wird wahrscheinlich auch eine neue Kriegskreditforderung zugehen, da der im vorigen Jahre bewilligte Kredit von 1 1/2 Milliarden Mark bis zum 1. April infolge der Ausgaben für Ostpreußen, für die Gemeinden zu Kriegswohlfahrtszwecken usw. aufgebraucht sein dürfte, wenn auch zurzeit noch 400 Millionen davon zur Verfügung stehen. Größere Summen werden auch gefordert werden zur Erneuerung des Wagenparks der Eisenbahnen, der durch den Krieg stark abgenutzt worden ist. Die alljährlich erscheinende Eisenbahnvorlage wird auch eine zweigleisige Bahn nach Ostpreußen bringen. Von sonstigen Vorlagen kommt bis jetzt nur das Fischereigesetz in Frage. Die Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten v. Bethmann wird über die „Neuorientierung“ der inneren Politik in Preußen noch nichts enthalten, erst die Thronrede nach dem Kriege wird das neue Programm entwickeln.

### Trübe Aussichten.

Daß der preussische Etat mit einem Fehlbetrag von hundert Millionen Mark abschließt, steht jetzt fest. Freiherr v. Jeddly führt in einer von bürgerlichen Blättern veröffentlichten Unterredung diesen Fehlbetrag in der Hauptsache auf die Verminderung der Einnahmen zurück, denen gesteigerte Ausgaben gegenüberstehen. Der freikonservative Führer entrollte ferner folgendes Bild:

„Dann haben wir auch die anderthalb Milliardenanleihe für Kriegszwecke zu verzinsen, die bis auf ein paar Hundert Millionen ausgegeben ist. 400 Millionen haben wir für Ostpreußen aufgewandt, das übrige zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Beteiligung an der „Kriegsgetreidegesellschaft“ und anderen Kriegsgesellschaften, für Vorläufe an Lieferungsverträge usw. Wir bekommen zwar die anderthalb Milliarden zum Teil vom Reich nach dem Kriege zurück, weil das Reich für Kriegszwecke eintreten muß. Aber vorläufig müssen wir doch die Zinsen decken. Endlich hat der preussische Staat zu den 110 Millionen, die das Reich den Gemeinden für Unterstellungen an Kriegsfamilien überwiesen hat, ebenfalls 110 Millionen angelegt. Auf diese Weise ergibt sich ein Ausfall von etwa 100 Millionen Mark, der durch Steuererhöhungen gedeckt werden muß. Genaueres über die Steuervorlage steht noch nicht fest. Es ist noch unbestimmt, ob die bisherigen Zuschläge zur Einkommensteuer, die etwas roh aufgebaut sind, einfach erhöht werden oder ob einheitliche, besser geregelte Zuschläge erhoben werden sollen. Nach den bisherigen Besprechungen mit den Fraktionsführern besteht der Wunsch, es bei der jetzigen Art der Zuschläge zu belassen und diese zu verdoppeln. Wir bekommen dann bei den höheren Einkommensklassen Zuschläge zur ursprünglichen Veranlagung von 50 Proz. (statt 25 Proz.). Da nun auch die Gemeinden, wenn wir einen Durchschnitt nehmen, etwa 150 Proz. Zuschläge zu den veranlagten Steuerlagen erheben, so gibt das bei den höheren Klassen, die auf 4 Proz. ihres Einkommens veranlagt sind, 12 Proz. Steuern, 6 Proz. für den Staat und 6 Proz. für die Gemeinde. Unter solchen Umständen kann man sich denken, daß auch das Reich bei den bevorstehenden Steuervorlagen ein gewisses Maß halten muß hinsichtlich der Erhebung direkter Reichsteuern, und daß das Reich indirekte Steuern, wenn auch nicht auf notwendige Lebensmittel, zu Hilfe nehmen muß, um auf einigermassen hohe Beträge zu kommen.“

### Macht auch keine Sorgen.

In einem „Neujahrsgruß an unsere Krieger“, den ein Pastor Tr. m. i. c. aus Tostleben in dem Gemeindeblatt für den Kirchkreis Tennstedt veröffentlicht, schreibt der Herr Pastor in seiner Gergensmeinung:

„Im uns daheim macht auch keine Sorgen. Zwar sind viele Lebensmittel und Kleidung und Schuhwerk teurer geworden, aber wir haben doch alles Nötige noch immer gehabt. Dazu werden beim Verkauf von Früchten und Vieh solche Preise gezahlt, daß der Landwirt mitten im Kriege große Einnahmen hat.“

So trotzlich diese Offenherzigkeit für die selbstgrauen Landwirte auch klingen mag, zahlreiche Vertreter der Landwirtschaft werden dem Herrn Pastor für solchen Neujahrsgruß wenig Anerkennung zollen.

## Das tägliche Brot.

### Die Ernährungsfragen vor dem Reichstage.

Ueber die Behandlung der Ernährungsfragen in der Haushaltskommission des Reichstages ist ein vom Grafen Westarp erstatteter schriftlicher Bericht erschienen, der nach der „Kreuzzeitung“ das Ergebnis der acht Sitzungen von insgesamt mehr als fünfzigstündiger Dauer wie folgt zusammenfaßt:

„Es sind ausreichend Vorräte vorhanden, um die Bevölkerung während des Krieges zu ernähren, so lange dieser auch dauern sollte. Besonders wird an den notwendigen Lebensmitteln, Brot, Kartoffeln und Fleisch, ein wirklicher Mangel nicht eintreten.“

Andererseits können wir mit Sicherheit nicht darauf rechnen, daß wir mehr haben, als wir brauchen. Eine Einschränkung, besonders an Fett und Butter, wird nicht zu umgehen sein. Voraussetzung dafür, daß wir auskommen, ist auf allen Gebieten Sparsamkeit, gewissenhafte und von verständnisvollem guten Willen getragene Durchführung der getroffenen Maßnahmen. Einschränkungen des Verbrauches und Steigerung der Preise müssen bis zu einem gewissen Grade als notwendige Folge des Krieges und der Abzerrung in Kauf genommen werden, die unsere Feinde in der Absicht durchgeführt haben, unser Volk durch Hunger auf die Knie zu zwingen.“

Unter diesen Verhältnissen leiden nicht nur die Verbraucher, sondern sie fähren auch für die Landwirtschaft, für die verarbeitenden Gewerbe und Handwerksbetriebe, für den Groß- und Kleinhandel eine Fülle von Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Schädigungen herbei.

Dank der bisher getroffenen Maßnahmen ist trotz der größeren Schwierigkeiten, die für Deutschland infolge seiner Abzerrung bestehen, erreicht worden, daß bei uns die Nahrung und die Einkünfte hinter diejenigen in den neutralen und feindlichen Ländern, besonders auch in England, zurückbleiben.

Es ist aber die wichtigste innerpolitische Aufgabe, daß die Maßnahmen zur Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs mit dem Ziele der gleichmäßigen und gerechten Verteilung aller vorhandenen Vorräte, die Förderung der Produktion und der Verhinderung wucherischer oder sonst unberechtigter Gewinne einzelner rechtzeitig, entschieden, einheitlich und planvoll getroffen und durchgeführt werden.

Daneben ist es nötig, daß alle Beteiligten, Regierung, Parlamente und Presse an der Spitze, dauernd bemüht bleiben, aufklärend und beruhigend auf die Massen der Bevölkerung einzuwirken und die Kenntnis von den Verhältnissen im Inlande und Auslande und von den getroffenen Maßnahmen zu verbreiten.

Die Kommission spricht also die volle Zuversicht aus, daß die Bevölkerung in Deutschland für jede Dauer des Krieges vollkommen sichergestellt und seine wirtschaftliche Kraft ungebrochen ist. Sie gibt der festen Ueberszeugung Ausdruck, daß das deutsche Volk sich durch die unvermeidlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Krieges seinen Augenblick in seiner Entschlossenheit beirren läßt, den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Auf allen Seiten, bei den Verbündeten Regierungen, den einzelnen Parteien und Verbänden ist der gute und ehrliche Wille vorhanden, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in gemeinsamer Arbeit und pflichtbewohnter Hilfsbereitschaft zu bekämpfen. Um der wirtschaftlichen Lage Deutschlands willen braucht der Krieg nicht einen Tag früher beendet zu werden, als die militärische und politische Lage den vollen Sieg verbietet.“

Die „Kreuzzeitung“ fügt dem hinzu:

„Dieser Zusammenfassung der Verhandlungen des Ausschusses haben alle Parteien des Reichstages einmütig zugestimmt. Öffentlich finden diese Feststellungen auch im feindlichen Auslande, insbesondere auch in England, die entsprechende Beachtung.“

Unseres Erachtens hätte es, selbst wenn der Bericht besondere Beachtung in England finden soll, nicht geschadet, wenn Graf Westarp gewissen Praktiken mancher Kategorien von Lebensmittelerzeugern in seinem Resümee schärfer zu Leibe gegangen wäre. Material dürften ihm die Verhandlungen der Budgetkommission wohl genügend geboten haben.

### Die Höchstpreise für ausländische Kartoffelfabrikate.

Berlin, 29. Dezember. (W. Z. V.) Die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft m. b. H. teilt mit:

Zusolge zahlreicher Anfragen wird erneut darauf hingewiesen, daß das Höchstpreisgesetz vom 16. September 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 588) auch die ausländischen Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und Kartoffelstärkefabrikation umfaßt.“

### Die Einfuhr rumänischen Getreides.

Das Abkommen über die Lieferung rumänischen Getreides über das lange Zeit Verhandlungen schwebend, ist beinahe vollständig zustande gekommen. Die Hauptstreitfrage, die sich auf den in Gold zu entrichtenden Ausfuhrzoll bezog, ist dadurch erledigt worden, daß nur die Hälfte in barem Golde in Rumänien selbst bezahlt, der Rest bis nach dem Kriege bei der Reichsbank deponiert wird. Der Abschluß erstreckt sich auf 50 000 Waggons. Dazu kommen 800 000 Tonnen schon gekauften und in Rumänien liegendes Getreide.

Die rumänische Zufuhr wird vor allem für die Versorgung mit Futtermitteln eine gewisse Förderung und Erleichterung bringen. Ueberschüssen darf man aber ihren Einfluß nicht; denn es kann sich bei ihr schon aus transporttechnischen Gründen nur um begrenzte Quantitäten handeln, die, gemessen an dem Gesamtbedarf, keine ausschlaggebende Rolle spielen.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Geldsendungen an deutsche Kriegsgefangene in Frankreich.

Die französische Regierung hat angeordnet, daß vom 1. Januar 1916 ab bis auf weiteres von einem Tage nicht mehr als 180 Franken an Kriegsgefangenen-Postanweisungen nach Frankreich abgehandelt werden dürfen.

### Zur Beachtung bei Reisen ins Ausland.

Berlin, 28. Dezember. (W. Z. V.) Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Schriftstücke und Drucksachen, wie Geschäftspapiere, Briefe, Zeitungen, Bücher aller Art, Abbildungen, Landkarten und dergleichen, entweder überhaupt nicht oder doch nur nach genauer Prüfung durch die dazu berufenen Dienststellen bei Reisen ins Ausland mit über die Grenze genommen werden dürfen. Im dringendsten Interesse der Reisenden selbst liegt es daher, die Mitnahme auf das unumgänglich Notwendige zu beschränken. Andernfalls sind sie der Gefahr ausgesetzt, an den Grenzübergangsstellen längere Zeit aufgehalten zu werden oder die Schriften usw. zurücklassen und anderweitig befördern zu müssen. Dies gilt insbesondere auch für Reisen nach Oesterreich-Ungarn und darüber hinaus nach Rumänien.

## Letzte Nachrichten.

### Aus der Sobranje.

Sofia, 28. Dezember. (W. Z. V.) Meldung der bulgarischen Telegraphenagentur. Die heutige Sitzung der Sobranje war der Bewilligung eines Kriegskredits von 500 Millionen Franken und eines zweiten Kredites von 30 Millionen gewidmet, der dazu bestimmt ist, den Unterhalt von Familien armer Soldaten zu sichern. Ministerpräsident Radoslawow wachte wegen Unpäßlichkeit der Sitzung nicht bei. Mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit verzichteten alle parlamentarischen Fraktionen auf eine regelrechte Debatte und beschränkten sich auf prinzipielle Erklärungen.

Die doktrinen Sozialisten gaben erneut ihrem pazifistischen Glaubensbekenntnis sowie ihrer unerwünschten Gegnerschaft gegen jeden Krieg Ausdruck und erklärten, sie würden gegen die von der Regierung angeprochenen Kredite stimmen.

Die Reformsozialisten gaben die Erklärung ab, sie hätten, obwohl sie den Krieg als vollendete Tatsache hinnehmen und die Kredite in ihrer Unerschlichkeit bekräftigen, ihre Entscheidung dahin getroffen, weder für noch gegen die Vorlage zu stimmen, sondern sich der Stimme zu enthalten; überdies möchten sie empfehlen, schon jetzt an Frieden zu denken und daran, daß jeder Gedanke an Eroberungen außerhalb der Grenzen der nationalen Einigung ausgeschlossen werde.

Die Radikalen wiesen auf die Notwendigkeit der Einigkeit hin, bei der Parteilichkeiten in den Hintergrund treten müßten, da die Parteien nunmehr an die Arme zu denken hätten; sie erklärten, sie würden für die Kredite stimmen. Die Nationalen, Liberalen und die Demokraten gaben von Begeisterung getragene Erklärungen ab, in denen sie auch den Wunsch ausprägten, aus dem Munde des Ministerpräsidenten einige Aufklärungen über die politische Lage zu hören, ohne indes die Bewilligung der Kredite davon abhängig zu machen; sie würden für diese Kredite um so mehr stimmen, als sie fordern, daß der Friede in jeder Beziehung den von den Bulgaren gebrauchten Opfern entspreche. Die Agrarier, die Volkspartei und die Fortschrittler gaben gleichfalls die Erklärung ab, daß sie die Kredite bewilligen würden. Ein Mitglied der Reichspartei ergriff am Schluß der Erörterung das Wort und zollte dem Heldentum und der bewundernswürdigen Kraft der Arme Lob und Anerkennung. Der Finanzminister dankte im Namen der Regierung den Abgeordneten für die Einigkeit und Geschlossenheit, von der sie in einer Frage, die den Bestand des Landes berühre, Zeugnis abgelegt hätten. Dieses feste Vertrauen der Abgeordneten werde der Regierung gestatten, das begonnene Werk zum guten Ende zu führen. Die ganze Sitzung verlief in feierlicher Stimmung, in der sich der unerwünschte Entschluß des Landes wiederpiegeln, vor seiner Schwere zurückzuführen, um das Ziel, das sich das Land gesetzt hat, zu erreichen, nämlich die Verwirklichung der Einigung aller Bulgaren. Die Tagungszeit der Sobranje wurde vom 28. Dezember bis zum 28. Januar verlängert, während das Haus in normalen Zeiten seine ordentlichen Tagungen vom 28. Oktober bis zum 28. Dezember und vom 28. Januar bis zum 28. März abhält.



# Werbt für den „Vorwärts“!

Ein neues Jahr steht vor der Tür. Wir wissen so wenig wie stets am Vorabend eines kommenden Zeitabschnittes, was es uns bringen wird. Und doch sehen wir den Tagen, die da nahen, mit ungewöhnlicher Spannung entgegen, mit einem Gefühl leisen Grauens und zitternder Hoffnung zugleich, wie wir es sonst nicht kannten. Wir ahnen und fühlen: dieses neue Jahr birgt in sich

## Schicksalsstunden der Weltgeschichte,

Entscheidungen über die Geschichte der Völker, wie sie vielleicht in solcher Tragweite kein Jahr zuvor brachte.

Klein, unsicher, zagend sieht der Einzelne dem Gange welt-erschütternder Vorgänge gegenüber und sucht den Führer, der ihn in diesem Gewirr zurechtweist. Mehr denn je erlangt da Bedeutung das Organ, das durch die Weltgeschehnisse hindurchleitet und sie in ihrer Wichtigkeit, ihrem geschichtlichen Zusammenhänge, ihren wahrscheinlichen Zukunftswirkungen zu würdigen weiß. Je mehr Möglichkeiten mündlichen Gedankenaustausches der Krieg zunichte macht, um so bedeutungsvoller wird hier

## die Aufgabe der Zeitung,

dieses täglichen Beraters und Begleiters der Millionen durch die Wirren der Zeitgeschichte. Ihre Verantwortlichkeit wächst im gleichen Maße.

Die Zeitung soll ein Spiegel der Weltereignisse sein; wie aber hat der Krieg deren Zahl gesteigert! Und nicht nur das: wie hindert er mit seinen vielfachen Beschränkungen freien Nachrichtenverkehrs auch ihre richtige Erkenntnis und Wertung! Dem Leser aber kann es nicht gleichgültig sein, wie er informiert wird, ob ihm eine leichtgläubige Zusammenstellung mehr oder weniger sensationeller Nachrichten zuteil wird, oder ob er ihre strenge Prüfung unter Berücksichtigung der auch über den Krieg hinausreichenden Interessen des Volkes erwarten kann.

Die Zeitung darf sich eben nicht damit begnügen, zu registrieren, was in der Welt vorgeht; sie soll Material heranschaffen, das es ermöglicht, die schwebenden Fragen richtig zu beurteilen; sie soll Wege weisen, die

## aus trüber Gegenwart zu besserer Zukunft

führen. Hier kann es dem Leser erst recht nicht gleichgültig sein, wie die Verhältnisse dargestellt werden und von welchem Standpunkt aus sein Blatt Stellung nimmt zu nahenden Entscheidungen.

Auch hier gewinnt das Amt der Zeitung an Schwere und Bedeutsamkeit durch den Krieg; einmal weil er es mit seinen Einschränkungen freier Meinungsäußerung ungeheuer schwierig macht, den Weg zu finden, der allem gerecht wird; aber nicht weniger auch, weil die Fragen, die er aufweist, in ihrer Fülle, ihrer Eigenart und ihrer Tragweite weit hinausragen über das, was andere Zeiten zu erörtern gaben.

Sie werden es vielleicht mehr noch als je in dem Jahr, das an der Schwelle steht. Wir erhoffen von ihm den

## Frieden.

Befragt das nicht schon genug? Und doch würde der endlich errungene Friede nur den Anfang bilden in einer Reihe von Entscheidungen, die über das künftige Schicksal der Völker bestimmen müßten, über ihre Rechte und ihre Pflichten in dem neuen Abschnitt der Weltgeschichte, über all die großen Probleme, die der Krieg aufgewühlt hat. Wir wissen von diesem Jahr, daß es uns — mit oder ohne Frieden — in jedem Falle vor eine Menge wichtiger politischer Auseinandersetzungen stellen wird. Die Maßnahmen zur Sicherung einer gesunden Volksernährung, die Einrichtungen zur Unterstützung der Kriegerfamilien und der Opfer dieses Krieges sind noch weit von einem Zustande entfernt, der es gestattet würde, sie als über allen Streit erhaben anzusehen. Und schon hat der Schatzsekretär des Reiches angekündigt, daß in wenigen Wochen dem Reichstage

## neue Steuervorlagen

unterbreitet werden sollen, von deren Umfang sich vielleicht erst wenige ein richtiges Bild machen und über deren Art der Vertreter der Regierung sich so merkwürdig schweigsam verhielt. Im Lager der bürgerlichen Parteien aber regt es sich bereits, für die Forderungen der Regierung einen Block zu schaffen, der alle weit umfassen soll — nur die nicht, die ins Parlament gewählt wurden, um dort die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten.

Wen ginge das alles mehr an als die Massen des werktätigen Volkes, die Arbeiter und ihre Frauen und Kinder, die sie, hinausziehend ins Feld, daheimlassen müßten? Muß es nicht für sie von höchster Wichtigkeit sein, daß sie im

## Kampf um all diese Fragen

in einer Weise unterrichtet werden, die kein anderes Ziel kennt als das, ihrem Besten zu dienen?

Keine andere Zeitung vermag das gleichermaßen wie ein Blatt, hinter dessen Herausgabe nichts steht als das Interesse der Arbeiterbewegung. Nicht Objekt kapitalistischer Gewinnstrebens, sondern mit seinen Erträgen den Zwecken der Arbeiterpartei dienlich, nicht geleitet in dem Bestreben, durch Sensation und Liebedienerei vor niedrigen Instinkten möglichst viele Leser einzufangen, sondern einzig bestimmt durch den Wunsch, die Augen des Proletariats zu schärfen für die Beurteilung des öffentlichen Lebens und seine Interessen vor der Öffentlichkeit zu vertreten, hebt sich

der „Vorwärts“, das Arbeiterblatt Berlins, aus der ganzen anderen Presse heraus.

Was ein anderes Blatt um gleichen Preis bieten kann an Unterhaltendem und Belehrendem, das bietet auch der „Vorwärts“, nur vielleicht in weniger aufdringlichem Aufputz und mit mehr Geschmack und Verantwortlichkeitsgefühl. Was irgendein anderes Blatt in der Erörterung kommunaler und politischer Fragen leisten mag, kann vollends — vom Standpunkt des Arbeiters aus gewertet — nie das ersetzen, was der „Vorwärts“ gibt.

Es handelt sich hier ja nicht nur um eine Orientierung. In den Zeiten des Kriegs ist die Presse mehr noch als sonst eine Kundgebung, ein Stück Demonstration des Volkswillens. Je größer die Massen, die hinter einem Blatte stehen, um so größer die Wirkung seiner Worte vor der Öffentlichkeit, gegenüber den Behörden, dem Parlament, der Regierung.

Wer eine Vertretung der Arbeiterinteressen will, hat damit die Pflicht, sich hinter jenes Blatt zu stellen, das sie nach Parteistellung und Organisation seiner Einrichtungen vertritt.

Je mehr der Kriegszustand die Möglichkeit anderer Willens- und Kundgebungen verbietet, um so mehr wird es Notwendigkeit, daß jeder, der als Proletarier für seine Rechte und Bedürfnisse eintreten, als Sozialist für die Zukunft seines Volkes wirken will, es tut, indem er seinem Blatte, dem „Vorwärts“, die Treue hält.

Und nicht nur das gilt es, nicht nur selbst treu bleiben! Es muß heißen, auch

## neue Leser werben!

Jeder kann es bei Arbeitskollegen und in Freundeskreisen. Jeder tue es um der Sache willen, die ja auch die seinige ist!

Vor allem vergesse man auch nicht derer im Felde. Losgerissen von der Heimat, brennt ihre Begierde nach regelmäßigen Nachrichten. Wir können ihnen nicht wohl Lieberes tun, als sie durch regelmäßige Zuweisung eines Blattes unterrichten. Aber nicht nur um eine Befähigung handelt es sich. Die da draußen werden — wir hoffen es — wieder heimkehren. Sie werden wieder Staatsbürger sein, die mitentscheiden sollen über die Geschicke des Volkes, dem sie angehören. Schaffen wir ihnen beizeiten das Rüstzeug für die Kämpfe, in die sie dann treten sollen. Sorgen wir dafür, daß auch sie, soweit sie Arbeiter sind, aus dem „Vorwärts“ erfahren, um was es sich handelt.

Treu und fest steht das Blatt der Berliner Arbeiter auf den Grundfäden, die sich die sozialistische Arbeiterbewegung in wissenschaftlicher Durchdringung der geschichtlichen Zusammenhänge und Möglichkeiten und in klarer Erkenntnis der Interessen der breiten Massen geschaffen hat.

Sorge ein jeder mit, daß sie trotz Völkerverwund und Kriegsnot ihre kraftvolle Vertretung finden können.

Helfe ein jeder nach Kräften mit, daß sich neue Tausende scharen um das Lösungswort:

# „Vorwärts“!

## Aus der Partei.

### Unsere Toten.

Am Montag, den 27. Dezember, verstarb in Mannheim infolge einer Gallensteinoperation der Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes der Jüdische Mannheimer-Ludwigshafen, Genosse Joseph Pflieger im Alter von 57 Jahren. Pflieger war früher in Leipzig-Gohlis, wo er dem Gemeinderat angehörte, herborragend tätig. Nach Mannheim siedelte er 1906 über. 1908 wurde er erst in das Stadtverordnetenkollegium gewählt, wofür er sich bald durch seine Sachkenntnis Ansehen zu verschaffen wußte. Wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit lehnte er im Jahre 1913 eine Wiederaufstellung als Landtagskandidat ab.

### Ein sozialistischer Wahlsieg in New York.

Zum erstenmal betritt ein Sozialist das Parlament des Staates New York. Dies ist Genosse Abraham Schiplalow, der Sekretär der Vereinigten jüdischen Gewerkschaften in New York, der bei den neulich stattgehabten allgemeinen Provinzwahlen im 23. Assembly District mit großer Stimmenmehrheit seinen demokratischen und republikanischen Gegner aus dem Felde geschlagen hat. Der erwähnte District besteht aus der New Yorker Vorstadt Bronxville, die meist von Juden bewohnt ist, unter denen das Arbeiterelement dominiert. Schiplalow, der Kandidat der sozialistischen Partei, wurde sowohl von den jüdischen als von den nichtjüdischen Gewerkschaften aufs kräftigste unterstützt.

## Aus Industrie und Handel.

### Handelsverkehr mit Rußisch-Polen.

Der zur Förderung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und den besetzten Gebieten Rußlands gebildeten Amtlichen Handelsstelle Deutscher Handelskammern haben sich, wie aus dem Bureau der Handelskammer zu Berlin mitgeteilt wird, nunmehr 60 Handelskammern aus allen Teilen Deutschlands angeschlossen. Die hierdurch verbreiterte Grundlage der Organisation hat es dem Vorstand ermöglicht, die Bedingungen für die Benutzung der Handelsstelle seitens deutscher Firmen wesentlich zu erleichtern. Es ist beschlossen worden, eine Verwaltungsgebühr für die mit Rußland getätigten Geschäfte (bisher 2 Proz.) von den der Handelsstelle beitretenden Firmen überhaupt nicht mehr zu erheben, und ebenso die Rücklage zu den Eintragungsgebühren für Firmen, die in mehreren Geschäftszweigen Geschäfte zu machen beabsichtigen, abzusuchen. Die beitretenden Firmen haben daher fortan nur die feste jährliche Eintragungsgebühr zu zahlen. Der Umfang der Tätigkeit der Handelsstelle und ihre Benutzung seitens der Kaufmannschaft wie der Behörden ist in ständiger Zunahme begriffen zumal nachdem ihr durch Erlass des Generalgouverneurs die Zensurfreiheit endgültig gewährt worden ist. Anmeldungen von hiesigen Firmen, die der Handelsstelle noch beizutreten wünschen, nimmt die Handelskammer zu Berlin entgegen.

### Petroleummarkt 1914.

Im Jahre 1914 wurden nach einem Bericht des deutschen Generalkonsulats in Amsterdam dort 596 000 und nach Rotterdam 1 775 000 Faß Petroleum eingeführt gegen 715 000 und 2 542 000 Faß im Vorjahre. Der Preis für 100 Kilogramm amerikanisches Petroleum betrug bei Beginn des Jahres 18,50 Gulden und stieg

im November auf 14,10 Gulden. Die Preise für russisches und galizisches Petroleum entsprechen denen Amerikas. Der Vorrat an Petroleum betrug am Ende des Jahres in Amsterdam 64 727 und in Rotterdam 55 417 Faß.

## Aus Groß-Berlin.

### Wer gut daran ist.

In Berlin gibt es Tausende von Geschäftsleuten, die mit Butter und Fett Handel treiben. Und diese Geschäftsleute haben auch einen Verwandten- und Bekanntenkreis, der nicht klein ist. Wer nun zu diesem Kreis gehört, ist gut daran; er braucht über Butter- und Fettmangel nicht zu klagen, er bezieht seinen Bedarf aus erster Hand. Erst dann kommen die anderen. In den Marktshallen kann man das beobachten, wer sich zuerst sichert. Wenn das große Publikum zum Einlaufen kommt, hat der Schlächter entweder wenig oder gar kein Fett mehr, es ist schon abgegeben, und an den Butterständen ist es nicht viel besser. Die Abnehmer sind vielfach die übrigen Standinhaber. Sie sind die ersten an der Spritze. Und wieviel Tausende von Ladenschlächtern gibt es in Berlin, so daß Zehntausende von Familien von der Fettknappheit verschont bleiben. Und nun gar die vielen Geschäfte, in denen Butter feilgeboten wird. Wer hat, der hat!

### „Grober Unfug.“

Auf einem Straßenbahnwagen der Linie 19 gab es am 2. Oktober abends nach 11 Uhr zwischen Invalidentruhe und Dramenburger Tor einen lebhaften Wortwechsel, weil ein Fahrgast seine Meinung über den Krieg äußerte und ein anderer Fahrgast ihm das verwies. Beim Anblick eines vorüberziehenden Trupps Soldaten, die feldmäßig ausgerüstet zum Bahnhof zogen, ließ ein auf dem Hinterrand des Wagens stehender Buchdruckerwalde Reich im Gespräch mit einem Bekannten von seinem Gefühl über die Opfer des Krieges sich zu einigen kräftigen Bemerkungen vernehmen. Ein im Innern des Wagens sitzender Subdirektor Wolf aus Halensee hörte die Äußerungen Reichs, ging auf Veranlassung einer Dame hinaus, gebot dem Sprecher Schweigen, drohte ihm Ohrfeigen an und ließ ihn schließlich durch Polizei festhalten. Die Folge war eine Anklage gegen Reich wegen groben Unfugs, den er dadurch begangen haben sollte, daß er aufreizende Reden geführt habe. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 140), die gestern stattfand, erklärte der Angeklagte Reich, er habe nur sein Bedauern über die Opfer des Krieges ausdrücken wollen. Zwei Zeugen, darunter jener Subdirektor Wolf, bekundeten scharfe Ausdrücke, die Reich gebraucht habe. Daß er selber Reich mit Ohrfeigen bedroht hatte, gab Wolf zu. Wenn aber Reich mit seinen Reden nichts Schlimmes beabsichtigt habe, bedauere er jetzt, die Festnahme veranlaßt zu haben. Der Verteidiger Rechtsanwalt Siegr. Weinberg forderte weitere Aufklärung des Sachverhalts durch Vernehmung des in Begleitung von Reich gewesenen Mannes, der als Zeuge geladen, aber wegen Einberufung zum Heere nicht erschienen war. Zu laden sei auch die Straßenbahnkassiererin, die in der Untersuchung befundet habe, ihr sei die Sache erst dadurch aufgefallen, daß Wolf sich hineinmischte. Dem Staatsanwalt genügt die Aussage der Belastungszeugen. Reichs Reden seien geeignet gewesen, die Zuhörer zu erregen, und offenbar habe er das auch nur gewollt. Derartige Aufreizungen müsse man, weil sie jetzt, in der Zeit dieses so frevelhaft aufgedrungenen Krieges, besonders gefährlich seien, energisch entgegenreten. Da sei die höchstzulässige Strafe, 6 Wochen Haft, angemessen. Der Verteidiger hielt Preisprechung für geboten, weil hier gar kein grober Unfug im Sinne des Gesetzes vorliege. Höchstens hätten durch Reichs Meinungsäußerung andersmeinende Zuhörer sich belästigt gefühlt, aber auch diese Empfindung könne weder bei der ausführenden Kassiererin sehr stark gewesen sein noch bei dem Zeugen Wolf, der ja jetzt selber sein Einschreiten bedauere. An eine Verurteilung des Publikums in seiner Allgemeinheit sei nicht zu denken, auch habe es an jedem Vorfall zu einer solchen gefehlt. Wenn jede Meinungsäußerung, die einem anderen unangenehm sei, grober Unfug sein sollte, wohin würde man da kommen. Wollte das Gericht nicht ohne weiteres sich dem Antrag auf Preisprechung anschließen, so sei zur Ladung jener anderen Zeugen zu verfahren. Das Gericht glaubte keiner neuen Beweise zu bedürfen und erkannte nach kurzer Beratung auf Verurteilung. Ausführlich war die Urteilsbegründung, die der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Proft, gab. Reich habe lediglich aufreizen wollen. Daß dies seine Absicht gewesen sei und hier grober Unfug vorliege, hätten gerade die Laien des Richterkollegiums, die Schöffen, herausgesehen. Gerechtfertigt sei die höchste Strafe, die beantragten sechs Wochen Haft. Bedauern müsse man, daß nicht noch eine höhere Strafe möglich sei.

Silvester und am Neujahrstag fällt die juristische Sprechstunde aus. Die nächste Sprechstunde findet am Montag, den 3. Januar, von 4—7 Uhr statt.

### Reinigungs-Häuserklärung in Berlin?

Bei Hauseigentümern Berlins ist in letzter Zeit der Wunsch rege geworden, ihre Häuser am Abend statt um 10 Uhr schon um 9 Uhr schließen zu dürfen. Das würde, meinen sie, eine bedeutende Ersparnis bringen, weil dann auch die Treppen nur bis 9 Uhr beleuchtet zu werden brauchen. Ersparen soll der Reinigungs-Häuserklärung nicht nur den Hauseigentümern einen Teil der Ausgaben für Gas, ersparen soll er, sagen sie, auch einen Teil der für die Gaserzeugung nötigen Kohlen, womit der Kohlenbedarf verringert und die Kohlenknappheit gemildert werde.

Die freie Vereinigung Berliner Hauseigentümer hat geradezu das Oberkommando in den Marken gebeten, für die Wohnhäuser in Berlin „im Interesse der Allgemeinheit“ von 9 Uhr ab die Beleuchtung der Treppen und Flure zu verbieten und Schließung der Haus Türen anzuordnen. Darauf hat der Polizeipräsident den Befehl gegeben, in Berlin seien polizeiliche Vorschriften über die Dauer der Offenhaltung von Wohnhäusern bisher nicht ergangen, sie bleibe in das Belieben der Hauseigentümer gestellt, soweit nicht Vertragsabmachungen mit den Mietern entgegenstünden. Die Polizei fordere im Interesse der öffentlichen Sicherheit nur, Treppen und Flure in Wohnhäusern so lange zu beleuchten, als diese tatsächlich geöffnet und daher jedem zugänglich seien. Demgegenüber ist in einem hiesigen Blatt darauf hingewiesen worden, daß eine Bekanntmachung für Berlin von 1865 vorschreibt: „Die Beleuchtung, welche sich auf alle, jedermann zugänglichen, tatsächlich dem Verkehr dienenden Treppen und Flure zu erstrecken hat, muß das ganze Jahr hindurch, also ohne Unterschied der Jahreszeit, während derjenigen Stunden erfolgen, in welchem es an ausreichender Erleuchtung durch natürliches Licht mangelt, und zwar bis 10 Uhr abends.“ Falls diese Vorschrift noch gelte, müßten alle Berliner Hauseigentümer, ungeachtet anderslautender Abmachungen mit Mietern, ihre Häuser bis 10 Uhr beleuchten. Wir wollen hinzufügen, daß glücklicherweise wohl in den meisten Berliner Mietverträgen festgelegt ist, die Offenhaltung des Hauses dauere bis 10 Uhr. Wenn das auch nur in der sogenannten Hausordnung steht, so ist doch unter der Voraussetzung einer bis 10 Uhr dauernden Offenhaltung gemietet worden.

Kun wird gemeldet, daß die Hauseigentümer im Hinblick auf den Bescheid des Polizeipräsidenten jetzt die Mieter um ihr Einverständnis mit dem Neumehrbescheid für Handtär und Treppenbeleuchtung ersuchen wollen. Was aber werden die Hauseigentümer sagen und tun, wenn Mieter ihren Anspruch auf eine bis 10 Uhr dauernde Hausoffenhaltung und Treppenbeleuchtung nicht preisgeben wollen? Und was werden Mieter tun, deren Hauswirte vielleicht den Einsatz haben, ihre Häuser noch viel früher als um 9 Uhr zu schließen und dann nach jenem Bescheid des Polizeipräsidenten auch um so viel früher mit der Beleuchtung aufhören? Wenn es dem Willen des Hauswirts überlassen ist, wann er schließen will, so kann einer am Ende die Beleuchtung ganz sparen. Indes, unseres Erachtens hat jeder Mieter sogar ohne vertragliche Abmachung einen Anspruch auch darauf, daß zu der für den öffentlichen Verkehr üblichen Zeit jedem Fremden, der ihn etwa besuchen will, der ungehinderte Zutritt zu dem Hause gesichert ist. Schlicht der Hauswirt schon früher sein Haus, so möge er einen Pförtner anstellen oder jede Wohnung mit einer bis zur Handtär führenden Klingelleitung ausrüsten, was natürlich bei großen Mietskasernen keine Schwierigkeiten hat. In der Verkehrszeit aber, wo jedem Fremden, der nicht verdächtig ist und nicht lästig wird, der Zutritt zum Hause zu dem Zweck des Besuchs eines Mieters gestattet und ermöglicht werden muß, darf dann selbstverständlich auch die Treppenbeleuchtung nicht fehlen.

Bzgl. der Höhe der Ersparnis an Gas und Geld, die von dem Neumehrbescheid zu erwarten wäre, scheint man sich übertriebenen Hoffnungen hinzugeben. Der Verbrauch aus einer einzigen Stunde fällt gegenüber dem Gesamtverbrauch wirklich nicht sehr ins Gewicht. Uebrigens könnte manchem Hauswirt, der die Einschränkung der Beleuchtungsdauer durchsetzt, hinterher eine Ueberreueung blühen. Wenn nun Mieter, weil ja die Treppenbeleuchtung in der Mietsabgabe als Nebenabgabe mitbezahlt wird, einen entsprechenden Mietsanteil zurückfordern?

Einen traurigen Ausgang hat ein blutiger Streit genommen, der sich vor vier Wochen in der Simonstr. 18 abspielte. Dort wohnte für sich allein der 62 Jahre alte, von seiner Frau geschiedene Konstantin und Tochter Gustav Hefersch. Mit ihm geriet der Hauswart Anton Wisniewski in Streit, weil er ihm den Vorkassenschnitt nicht zurückgeben wollte. Es kam zu einem Handgemenge, und dieses endete damit, daß Hefersch ein langes spitzes und scharfgeschliffenes Messer ergriff und seinem Gegner schwere Verletzungen an der Brust und am Hals beibrachte, bis er zusammenbrach. Auch der Sohn des Hauswirts, der seinem Vater zu Hilfe eilte, wurde an beiden Händen mit dem Messer verletzt. Wisniewski ist jetzt im Krankenhaus am Urban seinen Verletzungen erlegen. Hefersch behauptete zwar, daß er in der Notwehr gehandelt habe, wurde aber verhaftet und auch in Untersuchungshaft behalten.

Zu dem Schweizerdrama in der Brangelstraße erfahren wir noch, daß die Hebräer, die 23jährige Minna Potorowski, mit dem Leben davonkommen wird. Die Verletzungen haben sich glücklicherweise nicht als schwer erwiehen. Dagegen ist der Zustand der Älteren, der 16jährigen Anna P., nach wie vor hoffnungslos.

**Kleine Nachrichten.** Ein schwerer Straßenunfall hat sich in der letzten Nacht in Charlottenburg ereignet. Als die Arbeiterin Emma Lechmann, Stuttgarter Platz 3 wohnhaft, auf dem Rückwege begriffen, den Fahrbaum der Wilmersdorfer Straße überschritt, glitt sie an einer schlüpfrigen Stelle aus und fiel so unglücklich, daß sie mit dem Kopf heftig gegen die Bordsteinkante aufschlug. Die Verunglückte, die einen Schädelbruch erlitten hatte, erhielt auf der nächsten Rettungswache einen Notverband und wurde von dort nach dem Krankenhaus Westend geschafft. — Ein zweiter Unfall hat sich an der Ecke der Kaiserallee und der Meißnerstraße zugetragen. Dort sprang die achtjährige Elise Henting trotz der dringenden Mahnung des Chauffeurs von einem Straßenbahnwagen der Linie F während der Fahrt ab und kam zu Fall. Die Kleine erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte nach dem Lichterfelder Kreiskrankenhause gebracht werden.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag, den 2. Januar 1916, von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags dem allgemeinen Besuch geöffnet. Das Botanische Museum von 11—2 Uhr. Kinder unter 10 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt.

**Zentralverein für Arbeitsnachweis.** Arbeiterfrauen haben in gleicher Weise wie Dienstmädchen Zutritt zu den auf 8 M. vierteljährlich ermäßigten Ausbildungskursen für weibliches Hauspersonal des Zentralarbeitsnachweises. Geleitet wird das Seminar nach Hübner-Schnittmüllers, das Mänteln von Kragen, Vorhemden und Oberhemden, das Ausbessern von Wäsche und Kleibern. — Der Unterricht findet einmal wöchentlich abends von 7 $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$ 10 in der Abteilung für Hauspersonal, Eichhornstr. 1, statt. Anmeldungen dort in der Zeit von 8—12 und 4—7 Uhr.

## Aus den Gemeinden.

### Anmeldung zur Stammrolle.

Der Landrat des Kreises Teplitz erläßt eine Bekanntmachung, nach der sich sämtliche Militärpflichtige im Kreise, welche in den Jahren 1896, 95, 94, 93 und früher geboren sind, unter Vorlegung ihres Militärarbeitsnachweises, in der Zeit vom 2. bis 8. Januar 1916 in ihrem Wohnort zur Stammrolle anzumelden haben.

Zur Anmeldung sind verpflichtet:

1. die als untauglich oder als zeitig untauglich zurückgestellten Militärpflichtigen von 1896, 95, 94, 93 und die Restanten,
2. die infolge Reklamation zurückgestellten,
3. die als arbeitsverwendungsfähig (Arbeiter) bezeichneten, bisher nicht eingestellten Militärpflichtigen von 1896, 95, 94, 93 und die Restanten,
4. diejenigen Militärpflichtigen aus dem Jahre 1896, welche zwar für eine Waffenart ausgehoben, bisher aber nicht eingestellt worden sind.

Im Kreise Niederbarnim haben sich diejenigen Militärpflichtigen, welche in den Jahren 1895, 1894 und früher geboren sind und eine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis noch nicht erhalten haben, in der Zeit vom 2. Januar bis 15. Januar 1916 in ihrem Wohnort zur Rekrutierungstammrolle anzumelden. Dergleichen haben sich auch in dem obgenannten Zeitraum alle die Mannschaften des Jahrganges 1896 zur Rekrutierungstammrolle anzumelden, welche bisher noch nicht ausgehoben sind.

### Kartoffelbestandsaufnahme in Dichtenberg.

Der Magistrat hat beschlossen, am 2. Januar eine Bestandsaufnahme der Kartoffelbestände vorzunehmen. Ausgenommen werden Mengen von 20 Pfund und darüber, ganz gleichgültig, ob der Verwahrer der Eigentümer ist. Die Hauswirte sind verpflichtet, die ihnen zugehörigen Hauslisten bis zum 3. Januar ausfüllen zu lassen. Wer keine Anzeige bis zum 4. Januar nicht mittels der Hausliste erstattet hat, muß sie am folgenden Tage schriftlich und portofrei nach dem Rathaus, Zimmer 32, einreichen.

### Reisverkauf in Wilmersdorf.

Der von der Stadtgemeinde beschaffte Reis gelangt in der Zeit vom 8. bis 10. Januar durch die Kleinhandlung zum Verkauf. Wilmersdorfer Einwohner sind berechtigt, gegen Vorzeigung ihrer Brotkarte wöchentlich  $\frac{1}{2}$  Pfund Reis zu entnehmen. Die Kleinhandelspreise sind wie folgt festgesetzt: Brudreis Pfund 44 Pf., Arracon und Siampatra kurz 60 Pf. und italienischer geförderter Reis 64 Pf. pro Pfund. Die Wäsche, die städtischen Reis führen, sind durch ein Plakat „Städtischer Reisverkauf“ kenntlich gemacht.

## Soziales.

### Das geistige Eigentum des Arbeiters.

Eine nicht uninteressante Rechtsfrage, die aber, weil sich die Parteien schließlich verglichen, nicht zur Entscheidung kam, hatte die Kammer 4 des Gewerbegerichts zu prüfen.

Der Kläger hat 21 Jahre beim Pianofortefabrikanten Mörs gearbeitet. Er hatte verschiedene Modelle einzubauen, von denen jedes erst ein zeitraubendes Ausprobieren der erforderlichen Maße verlangte. Der Kläger hatte für jedes Modell von ihm ermittelten Maße und Bearbeitungsmethoden in ein Buch eingetragen. Diese Aufzeichnungen benutzte er bei seinen späteren Arbeiten. Dadurch fiel das Ausprobieren in jedem Einzelfall fort, der Arbeiter ersparte Zeit und kam somit bei seinen Aufträgen besser zurecht. — Infolge des Krieges stockte der Betrieb. Der Kläger mußte ausziehen und schließlich wurde das Abforderverhältnis gänzlich gelöst. Als der Kläger sein Werkzeug holte, vermischte er das Buch. Der Fabrikant hatte es an sich genommen und verweigerte die Herausgabe. Im Klagewege forderte nun der Arbeiter die Herausgabe des Buches und eine Vergütung von 5 Mark für die Benutzung desselben. Nach Angabe des Klägers hat der Beklagte an Hand der Aufzeichnungen im Buche einen anderen Arbeiter angelernt, also einen materiellen Nutzen aus dem vom Kläger herrührenden Inhalt des Buches gehabt.

Im Laufe der Verhandlung äußerte der Vorsitzende Zweifel darüber, ob das Gewerbegericht zuständig sei für die Forderung des Klägers, welche sich auf die Benutzung seines geistigen Eigentums durch den Beklagten stützt. Außer dieser Frage tauchte noch eine andere auf. Das Buch selbst, nämlich das unbeschriebene Papier gehörte dem Beklagten, während der Inhalt zweifellos als das geistige Eigentum des Klägers anzusprechen ist. Die Fällung eines Urteils erübrigte sich, weil der Beklagte schließlich auf Anraten des Gerichts im Vergleichswege dem Kläger das Buch auslieferte und 5 M. zahlte.

### Ueberstunden werden nicht bezahlt.

Von der Konfektionsfirma Baumgarten verlangte ein dort beschäftigt gewesener Hausdiener, der jetzt Soldat ist, durch eine Klage bei der Kammer 1 des Gewerbegerichts 123 M. für Ueberstunden, die er während einer Arbeitsdauer von ungefähr drei Monaten geleistet hat. Der Kläger hatte mit der Firma einen schriftlichen Arbeitsvertrag abgeschlossen, worin ausdrücklich angegeben ist, daß die Arbeitszeit um 8 Uhr endet. Da er bis 8, auch bis 9 Uhr abends gearbeitet hat, glaubt er selbstverständlich einen rechtlichen Anspruch auf Bezahlung der Ueberstunden zu haben. Die Beklagte vertrat jedoch die auch am Richtertische — sowohl auf der Arbeitgeber- als auch auf der Arbeitnehmerseite — geteilte Ansicht, daß es in der Konfektion ortsüblich sei, Ueberstunden nicht zu bezahlen. Die Hausdiener betonen, wenn sie Ueberstunden machen, Abendbrotgeld und wären damit zufrieden. Wenn der Kläger nach Schluß der vertragmäßigen Arbeitszeit Ueberstunden machte, so gebe ihm das an sich noch keinen Anspruch auf Bezahlung der Ueberstunden. Einen solchen Anspruch würde er nur dann haben, wenn er ausdrücklich Bezahlung der Ueberstunden verlangt hätte. — Nach diesen Erörterungen begnügte sich der Kläger mit einem Vergleich, wonach ihm die Firma 25 M. zahlte.

## Gerichtszeitung.

### Der Brustbeutel eines gefallenen Offiziers als Diebesbeute.

Gegen das Andenken eines Verstorbenen hat sich der Dekorationsmaler Emil Buche durch eine Tat vergangen, die ihn unter der Anklage des Diebstahls vor den Strafgericht führte. Der Angeklagte, der wegen eines vor Jahren in der Königsgräber Straße unter dem Schutze einer schwarzen Maske verübten Raubansfalls vom Schwurgericht mit  $3\frac{1}{2}$  Jahren Zuchthaus bestraft worden ist, war längere Zeit im Arbeitshaufe zu Strausberg untergebracht. Von dort entwich er im Juni d. J. auf tollkühne Weise, indem er aus einem Fenster im vierten Stockwerk heruntersprang und den Strausberger See schwimmend durchquerte. Es gelang ihm auf falsche Legitimationspapiere hier bei dem Malermeister Wille in Charlottenburg Stellung zu erhalten. Sein Meister schickte ihn eines Tages zur Ausführung von Malerarbeiten in die Wohnung der verwitweten Hausfrau A. in der Suarezstraße. Hier bemerkte Wulle in einer Schublade einen seltsam geformten Schlüssel. Nach mehreren an verschiedenen Türen und Schränken angestellten Versuchen fand er heraus, daß dieser Schlüssel zu dem im Schloß gemachten fehenden Schlüsselpaar paßte, den er nummehr einer eingehenden Durchsuchung unterzog. Als er hierbei zufällig auf eine Feder drückte, sprang plötzlich ein verborgenes Geheimfach des Schrankeles auf, in dem ein geöffnetes Feldpostpaket lag. Es enthielt den leeren Brustbeutel des vor kurzem gefallenen Hauptmanns. Das Regiment hatte den Beutel mit den darin befindlichen Wertpapieren der Gattin des Gefallenen überhandt, die ihr letztes teures Andenken an den Toten an dieser vermeintlich unauflösbaren Stelle bewahrt. In dem Beutel befanden sich die goldene Uhr nebst Kette, ein silbernes Zigarettenetui, eine Anzahl Banknoten und einige belgische Goldmünzen. Der Angeklagte steckte den Beutel nebst Inhalt ein, schloß den Schrank wieder zu und entfernte sich, indem er der gerade nach Hause zurückkehrenden Inhaberin der Wohnung erklärte, daß er noch Farbe zum Anstreichen besorgen müsse. Er ließ sich nicht wieder blicken. In der folgenden Nacht vergab er aus Furcht vor einer Hausdurchsuchung das gestohlene Gut in den Anlagen des Charlottenburger Amtsgerichtsplatzes. Als er sich einige Tage später, und zwar wieder zu nächster Stunde, an der betreffenden Stelle einfindet, um die Sachen abzuholen, mußte er zu seiner Enttäuschung feststellen, daß der Schatz bereits von anderer Seite gehoben war. Die Person des Schatzgräbers ist unbekannt geblieben. Wulle selbst wurde unmittelbar darauf von einem Schutzmann, der ihn in das Gebüsch hatte hineintricken sehen, festgenommen. — Vor Gericht vertrat Rechtsanwalt Dr. Harry Vincus als Verteidiger auf ein Gutachten, das Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann gelegentlich der früheren Strafvollstreckung erstattet hat; in diesem wird der Angeklagte als ein erblich belasteter Vagabond bezeichnet, wenn auch § 51 St.-G.-B. nicht Anwendung finde. — Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.

## Aus aller Welt.

### Kriegsgefangenenfürsorge in New York.

Am 20. Oktober ist in New York eine neue Wohltätigkeitsbestimmung unter diesem Namen mit dem Zweck ins Leben gerufen worden, die Lage der in Sibirien und anderen Teilen der Welt untergebrachten deutschen, österreichischen und ungarischen Kriegsgefangenen zu bessern. Der Ausschuss setzt sich aus hervorragenden Deutschamerikanern zusammen. Die in allen New Yorker deutschen und verschiedenen größeren englischen Zeitungen veröffentlichten Kulture haben bereits über 12 000 Dollar in bar und circa 1500 Wertgegenständen gesammelt, so daß über 200 Kisten von je zwei Zentner Wertgegenständen, und circa 30 000 Rubel an die Hilfsaktion Zientzin durch Vermittlung des Amerikanischen Roten Kreuzes zur Verteilung an deutsche, österreichische und ungarische Gefangene in Sibirien gelangt wurden. Diese Bestrebungen sind inzwischen auch auf den Versand aller in Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht genügend reichlich vorhandenen Artikel an Gefangene in England, Frankreich usw. ausgedehnt worden. Die A. G. Z., deren Räume sich in New York, North Moore Street 24 befinden, wird also von hier aus Pakete an deutsche, österreichische und ungarische Gefangene nach allen Lagern übernehmen, sofern die Beträge mit Angabe der gewünschten Sachen und genauen Adressen der Empfänger von den Spendern bei den deutschen, österreichischen oder

ungarischen Banken eingezahlt oder der A. G. Z. direkt überhandt werden. Die Banken werden höflich gebeten, die Adressen, Bänder und Beträge an Knauth, Kachob u. Kuehne, Leipzig, weiterzugeben, wo die Uebermittlung nach hier erfolgt.

Bei der Jugentleistung in Deutschen sind endgültig 17 Tote, 33 Schwerverwundete, 24 Leichtverwundete festgestellt worden. Elf Personen haben nur leichte Abschürfungen erlitten. Die Verwundeten, denen schnelle Hilfe und alle möglichen Erleichterungen zuteil wurden, fanden Unterkunft im Deutschen Krankenhaus. Das Befinden einzelner scheint leider wenig befriedigend.

**Schiffe im Eise eingefroren.** „Nationalistische“ meldet aus Christiania: Ueber 100 Schiffe, zumeist amerikanische, englische, französische und auch einige norwegische, sind im Weichen Meere vom Eis überrascht und eingeschlossen worden, so daß sie gezwungen sind, dort zu überwintern.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 416 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppenteile:

Infanterie usw.: Garde: 1. Garde-Regiment zu Fuß (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 208); Garde-Landsturm-Infanterie-Bataillon Bünsdorf. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 9 bis einschl. 12, 31, 32 (s. auch Geb.-Maschinengew.-Abt. Nr. 220), 33, 34, 35, 37, 41, 42, 43, 46, 49, 53, 57, 59, 62, 63, 64, 70, 72 (s. Fernsprech-Abt. Nr. 4), 73, 75, 77, 79, 80, 81, 84, 89, 90, 93, 94, 99, 109, 111 bis einschl. 117, 129 bis einschl. 132, 135, 137, 138, 140, 141, 147, 148, 149, 152, 153, 154, 156, 157, 158, 160, 161, 162, 164, 187 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 208), 170 bis einschl. 176, 188, Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 9, 11, 31, 35, 48, 56, 59, 60, 61, 64, 66, 67, 69, 70, 73, 74, 76, 78, 80, 82, 86, 87, 92, 98 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 208), 111, 130, 201, 202 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 208), 203 bis einschl. 208, 211, 214, 217, 220, 223, 225. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 9, 10, 11, 31 bis einschl. 35, 40, 52, 56, 57, 78 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 89), 84, 110. Landsturm-Infanterie-Bataillone: 2. Stabs- 1. Stabs- 3. Trier, 1. Bahn, Wismar. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: Saar- gemünd, 3. Saarlouis, Siegen, Stettin, 2. Strahburg. 1. Landsturm-Inf.-Ausbildungs-Bat. St. Abold. Etappen-Sammel-Komp. Nr. 2. Jäger-Bat. Nr. 14; Reserve-Bat. Nr. 14. 2. Ersatz-Maschinengewehr-Kompagnie des 3. Armeekorps; Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 220; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 335 (s. Gren.-Reg. Nr. 10). Infanterie-Scheinwerferzug der 46. Reserve-Division.

Rekorderie: 1. Garde-Dragoner; 1. und 2. Garde-Ulanen. Kavallerie Nr. 2, 3, 6, 7; Dragoner Nr. 4, 14, 17, 21; Husaren Nr. 6 und 9; Ulanen Nr. 2 und 11; Jäger zu Pferde Nr. 3, 13 (s. auch Ulanen Nr. 2). 7. Landsturm-Estabecon des 5. Armeekorps.

Feldartillerie: Regiment Nr. 4 (s. Fernsprech-Abt. Nr. 4). Gebirgsartillerie-Batterie Nr. 1.

Fußartillerie: 1. Garde-Regiment. Regiment Nr. 1, 3, 4, 6, 7, 9, 16, 20; Reserve-Regiment Nr. 6, 7, 8, 11, 18. Fußartillerie-Bataillone Nr. 26, 27, 28, 39; Ersatz-Bataillone Nr. 24; Landsturm-Bataillone des 4. Armeekorps. Fußartillerie-Batterien Nr. 190, 206, 251, 394, 396, 458. Reihplan-Abteilung des 4. Armeekorps. Vermessungs-Abteilung Nr. 5.

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Hilfs-Bataillon Nr. 2. Telegraphen-Bataillon Nr. 3. Garde-Fernsprech-Abteilung. Fernsprech-Abteilung Nr. 4; Reserve-Fernsprech-Abteilung Nr. 24; Fernsprech-Ersatz-Abteilung Nr. 2.

Train: Ersatz-Abteilung der Garde-Train-Abteilung. Train-Abteilungen Nr. 1, 4, 5, 6, 8, 17, 20. Ersatz-Abteilung der Train-Abteilung Nr. 6. Korps-Provinzialamt des 10. Armeekorps. Korps-Brückentrain Nr. 18. Reserve-Korps-Brückentrain Nr. 38 und 39. Divisions-Brückentrain Nr. 86. Provinzialkolonne Nr. 5 des Garde-Reservekorps. Leichte Provinzialkolonne Nr. 1 der 6. Kavallerie-Division. Fußpartikolonne Nr. 8 des 8. Reservekorps und Nr. 3 der 58. Infanterie-Division; Reserve-Fußpartikolonne Nr. 4; Magazin-Fußpartikolonne Nr. 85 der Rhein-Armee; Etappen-Fußpartikolonne Nr. 21X. Feldküchenkolonne Nr. 1 des 8. Armeekorps. Zentral-Pferdedepot Nr. 5; Reserve-Pferdedepot Nr. 53. Pferdelaqarett Bissa.

Munitionskolonnen: Artillerie-Munitionskolonne Nr. 2 des 1. Armeekorps. Fußartillerie-Munitionskolonne Nr. 255. Etappen-Munitionskolonnen Nr. 52 und 181.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 3 des 6. Armeekorps. Reserve-Feldlazarett Nr. 120. Festungslazarett Warschau. Lazarettzug Nr. 7.

Etappen-Kommandantur Nr. 5XIV.

Intendanturen und Feldkriegskassen: Intendantur der 11. Armee. Etappen-Intendantur der XIV. und Stellvertretende Intendantur des 1. Armeekorps. Feldkriegskasse der Etappen-Inspektion der 9. Armee.

Feldpost: Armeekorps-Postdirektion der Armeekorps-Abteilung Woyrsch. Feldpostamt des Besidenkorps. Zivilverwaltung für Russisch-Polen.

Die sächsischen Verlustliste Nr. 240 enthält die Liste 1 über die aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten sächsischen Heeresangehörigen (Austauschgefangenen); ferner Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 102, 104, 106, 133, 139, 177, 151, 152, 183, 192; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 102, 104, 107, 133, 242, 243, 244, 245; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 103, 104, 107, 133; Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40; Jäger-Bataillone Nr. 12, 13; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 12, 13, 25, 26; Fußartillerie-Regimenter Nr. 12, 19; Fußartillerie-Bataillone Nr. 27, 38, 58; Reserve-Fußartillerie-Bataillone Nr. 12; Landwehr-Fußartillerie-Bat. Nr. 19; Landsturm-Fußartillerie-Bat. des 12. Armeekorps; Fußartillerie-Batterien Nr. 128, 278; Reihplanabteilung.

## Jugendveranstaltungen.

**Adlershof.** Sonnabend, den 1. Januar 1916, findet eine Partie nach Kiefernau statt. Treffpunkt früh 8 Uhr im Jugendheim, Wilmersdorfer Str. 11. Unkosten entstehen nicht.

## Briefkasten der Redaktion.

**Silvester und am Neujahrstag fällt die juristische Sprechstunde aus.**

C. W. 55. Ihr Mann ist verpflichtet, für Ihren Unterhalt zu sorgen. Sie können beim Amtsgericht einen Beschluß erwirken, wonach Sie wegen der großen Verschuldungen von ihm getrennt leben können. — S. 6. 100. Wenn der Gläubiger damit einverstanden ist, können Sie die Schuld als Hypothek eintragen lassen. Die Eintragung muß beim Grundbuchamt geschehen. Sie können aber auch dem Gläubiger einen Schuldschein über die geltende Summe ausstellen. — **German 32.** 1. **Wasserpforte** wird nach vollendetem 70. Jahre gezahlt. Die Frau hat aber keinen Anspruch, da sie viel zu wenig Renten gezahlt hat. 2. **Rein.** 3. Sie müßten sich mit einer Anzeige an das zuständige Polizeirevier wenden. — **G. T. 25.** Ja. Nr. 812. 1. Ja. 2. Die Abzüge für Anwalts- und Krankenversicherung können in diesem Falle nur für höchsten zwei Monate erfolgen. 3. Beim Versicherungsamt der Stadt Berlin, Klosterstr. 67. — **Tobolsk.** 1. In dem Falle ja. 2. Ja, da der Betreffende mit der Leistung seiner Dienste in Bezug geraten ist. 3. Ja, aus dem vorher angeführten Gründen. 4. Wegen die Firma wird sich nicht weiter unternehmen lassen. Die Frau hat nur Anspruch auf staatliche Unterstützung. — **Kottbus 1915.** Ja 1. und 2. Die Arbeitslöhne sind von den Arbeitsämtern besonders geregelt. Ueber die Festsetzung auf Ihrem Amte sind wir nicht unterrichtet. 3. Die Versorgungsgebühren für Beurlaubte stehen allen Unteroffizieren und Mannschaften zu; ausgenommen ist sogenannter Sonntagurlaub, der auf längere Zeit von der Garnison aus erteilt wird. — **H. P.** Entzieht sich unserer Kenntnis. — **P. 5.** Ja.